

Juni 2011

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 63 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 6

**Die grüne Angst
der Autoindustrie?**

ARBEIT SEITE 12

**Darf der Chef an
meine Schublade?**

CHANCEN SEITE 27

**Bewerbungsgespräch
in Jogginghose?**

BEZIRK SEITE 28



Zeit

für Beruf und Leben

Aktuell

Auto und Umwelt: Baden-Württemberg, das wirtschaftlich erfolgreiche »Ländle«, in dem große und schnelle Autos gebaut werden, hat einen grünen Ministerpräsidenten. Gilt jetzt: Alle Macht dem Fahrrad? Müssen sich zigtausend Autobauer um ihre Zukunft sorgen? **Auf den Seiten 6 und 7»**

Arbeit

Recht so: Der Chef schnüffelt im Schreibtisch und Aktenschrank. Oder wühlt im Papierkorb. Was sich Beschäftigte von neugierigen Chefs gefallen lassen müssen. **Auf Seite 12 »**

Titelthema

Vereinbarkeit: Viele wünschen sich, Beruf und Leben unter einen Hut zu bringen. Doch Politik und Wirtschaft tun dafür noch viel zu wenig. Die IG Metall-Kampagne »Arbeit: sicher und fair« will mit Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen Druck auf die Politik machen. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**



Foto: panthermedia.net

Leben

Ausgenutzt: Als Azubi in einem Heizungsbau-Betrieb eingestellt – als billige Arbeitskraft für 200 Euro im Monat missbraucht. Nun geht der Betroffene mit der IG Metall vor Gericht. **Auf Seite 23 »**

Chancen

Bewerbungsgespräch: Mit Minirock und Nasenpiercing zur Bewerbung als Chefsekretärin? Im schwarzen Anzug für die Schlosser-Stelle? Wie präsentiere ich mich, um bei einem Vorstellungsgespräch zu punkten? Eine kleine Stilkunde. **Auf Seite 27 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Dettlef Wetzel, Bertin Eichler, **Beauftragter der Herausgeber:** Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Dirk Erb, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht, Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:

0800-446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Leserbriefe und Leser-E-Mails abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de

Titelfoto: Ojo Images/Photolibary

Gewerkschafter wiederentdeckt

metallzeitung 5/2011,

Zahlen und Fakten: Gewerkschafter wählen anders

»Es ist schon erstaunlich, wie ver-gesslich Gewerkschafter sein können. Wer hat die Misere mit der Leiharbeit mit verbockt? Waren das nicht auch Herr Schröder und seine Steigbügelhalter? Solange ist es doch noch nicht her, dass ein Kanzler Schröder und seine Helfer, wie Müntefering, Steinmeier und Gabriel, die Gewerkschaften wie Dreck behandelt haben, weil sie glaubten, uns nicht mehr nötig zu haben. Nun, nach x verlorenen Wahlen, hat man uns wieder ent-deckt. Ich habe zeitlebens SPD ge-wählt, weil ich zutiefst überzeugt war, dass sie die einzige politische Partei mit ausgeprägter sozialer Kompetenz sei. Bei der letzten Wahl habe ich das erste Mal anders gewählt und werde das auch weiter so halten, bis in dieser Par- tei wieder aufrichtige Personen das Sagen haben.«

Karl Maier, per E-Mail

Verantwortung übernehmen

metallzeitung 5/2011,

Jugend und Politik?

»Ich bin immer begeistert, wenn ich höre, dass sich junge Leute für Politik interessieren. Doch Ihre Einstellung zur Politik allge- mein teile ich nicht. Eine Demo- kratie funktioniert nur, wenn sich Bürger in den Gremien en- gagieren, in denen politische Entscheidungen getroffen werden, und dafür bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen. Politische Parteien sind im Grundgesetz als notwendige Einrichtungen für die Demokra- tie verankert. Weltweit gibt es sehr viele Länder, deren Bürger für die Zulassung politischer Parteien kämpfen. Dieses Be- wusstsein von einer funktionie- renden Demokratie sollten wir fördern.«

Wolfgang Bandt, Rüsselsheim

Ausstieg aus der Atomenergie

metallzeitung 5/2011

»Aus meiner Sicht plappert die IG Metall diesen Antiatomkraft- Unsinn einfach nach. Denn es geht eigentlich nur um die Kern- spaltung. Die Energiegewinnung durch Kernfusion dagegen ist zurzeit ein vernachlässigtes The- ma, das auch wissenschaftlich zu wenig gefördert wird. Gegen das Abschalten von Kernspaltungs- reaktoren habe ich nichts, die Zukunft liegt aber in einem Energie-Mix aus nachwachsen- den Rohstoffen und beständigen Energieträgern, aus Wasserstoff und eben der Kernfusion.«

Peter Krisch, per E-Mail

»Ich begreife die Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen nicht. Es steht doch außer Frage, dass die Zukunft für unsere Fahrzeu- ge elektrisch sein wird. Also müssen wir den Energiever- brauch, der durch den Indivi- dual- sowie den Gewerbeverkehr und den Wärmebedarf entsteht, zu dem jetzigen Stromverbrauch addieren. Aber wie soll dieser Energiebedarf gedeckt werden? Ist das ohne Kernenergie und fossile Energieträger möglich? Ich frage die Kernenergiegegner, ob sie bereit sind, dass ihnen und ihren Arbeitgebern bei Liefer- engpässen der Strom abgestellt wird. Und ob sie Berechnungen liefern können, wie die entste- henden Energielücken gefüllt werden sollen.«

Walter Schuster, per E-Mail

Ziel ist die Entsolidarisierung

metallzeitung 5/2011,

»Menschlichkeit braucht Sicherheit«

»Natürlich müssen wir auf der Hut sein vor rechtsextremem Gedan- kengut. Dahinter steckt eine vor- sätzliche Entsolidarisierung der Gesellschaft. Das Kapital nutzt und schürt vorhandene Ängste und Vorurteile, um Katholiken

Jetzt Weichen für die Zukunft stellen

INDUSTRIE POLITIK

Sichere Arbeitsplätze und eine saubere Umwelt – ein Widerspruch? Nein. Industriepolitik kann wirtschaftliche und ökologische Fragen sinnvoll verbinden.



Foto: Maurizio Gambarini/dpa/ltm/pa

Von links: Berthold Huber (Mitglied des NPE-Lenkungskreises), Prof. Dr. Henning Kagermann (Sprecher des Lenkungsreises) und Angela Merkel.

Blitzlichtgewitter, Händeschütteln und Lächeln für die Fotografen, im Mittelpunkt Kanzlerin Angela Merkel. Das gehört in Berlin zum Standard. Die Übergabe des Zweiten Berichts der »Nationalen Plattform Elektromobilität« (NPE) war aus einem anderen Grund etwas Besonderes. Eine kooperative Industriepolitik bei einer Zukunftstechnologie, das ist in Deutschland bisher einzigartig. Vertreter von Unternehmen, Wissenschaft, Politik, Verbänden und eben Gewerkschaften haben dabei gut zusammengearbeitet. Das gemeinsam formulierte Ziel ist ehrgeizig: Deutschland soll Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität werden. Eine Million Elektrofahrzeuge sollen dafür bis 2020 auf Deutschlands Straßen fahren. 17 Milliarden Euro wollen die Automobilhersteller und andere Branchen dafür investieren. Weitere vier Milliarden Euro hat die NPE vorgeschlagen. Die Schwerpunkte reichen von Forschungsinvestitionen für neue Technologien bis hin zum Aufbau einer eigenen Batteriefertigung in Deutschland.

Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt. Nur wenn viele lokale Projekte und Initiativen folgen, können die Pläne auch in die Tat umgesetzt werden.

Mehr Beschäftigung. Die wesentliche Botschaft des Berichts der Nationalen Plattform Elektromobilität lautet: Wenn wir die vereinbarten Ziele umsetzen, entsteht mehr neue Beschäftigung als Arbeitsplätze wegfallen. Dafür muss Deutschland vor allem in die Qualifikation der Menschen investieren. Wir brauchen Fachkräfte für diese Zukunftstechnologie. Das gilt für die Beschäftigten, die heute schon in der Automobilindustrie arbeiten. Es gilt ebenso für künftige Generationen, die wir zielgerichtet an neue Beschäftigungsfelder heranzuführen. Auf diese und andere Ziele hat die IG Metall in der Nationalen Plattform Elektromobilität gepocht. Es ist eine Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten. Die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stehen nicht an letzter Stelle, sondern im Mittelpunkt. Die IG Metall wird alles dafür tun, dass es so bleibt. ■

Berthold Huber

? FRAGE UND ANTWORT

Ich bin im Vorstellungsgespräch bisher nie nach der Gewerkschaftsmitgliedschaft gefragt worden. Profis wissen, dass sie die Frage nicht stellen dürfen. Ich habe allerdings schon selbst zu erkennen gegeben, dass ich Metaller bin. Wenn Lügen okay sein soll, dann ist es wohl auch okay, wenn man angelogen wird?
Matthias M., per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Forscher haben herausgefunden, dass jeder Mensch bis zu 200 Mal am Tag lügt. Meist aus Höflichkeit, Bescheidenheit oder um sich besser darzustellen. Wer auf der (verzweifelten) Suche nach einer neuen Arbeit ist, dem werden vermutlich viele Mittel recht sein, um als Bewerber weiter im Rennen zu bleiben. Darum haben sogar die Arbeitsgerichte entschieden, dass es erlaubt ist, wenn man auf die unzulässige Frage der Gewerkschaftszugehörigkeit falsch antwortet. Nicht so genau mit der Wahrheit nehmen es auch die Arbeitgeber: Sie teilen dem Bewerber nämlich oft nicht mit, dass sie sich gegen ihn entschieden haben, weil er Gewerkschafter ist. Das wäre nämlich ein Verstoß gegen das Grundgesetz. ■

gegen Moslems, Hetero- gegen Homosexuelle, Männer gegen Frauen, Mietsklaven gegen Festangestellte, Ausländer gegen Deutsche, Arbeitslose gegen (Noch-) Erwerbstätige und Rentner gegen Arbeitnehmer aufzuhetzen. Auch Hartz IV war ein Teil dieser Strategie. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Denn wir sitzen alle im selben Boot. Deshalb müssen wir uns solidarisieren und organisieren, in Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien. «

Klaus Negro, Haan

Wie wollt Ihr leben und arbeiten?

metallzeitung 5/2011,

»Arbeit: sicher und fair«

»Solange es Kollegen gibt, die freiwillig täglich 14 Stunden arbeiten und das sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr ohne Urlaub, werden Unternehmer immer dreister. Es liegt also an uns, wie weit und wie lange wir das mitmachen wollen.«

Wolfgang Bratke, per E-Mail

Wilder Aktionismus stoppt Umweltzerstörung nicht

metallzeitung 5/2011,

Ökologischer Fußabdruck

»Was soll das dumme akademische Gequatsche vom »ökologischen Fußabdruck«? Es geht darum, den Menschen allereinfachste Zusammenhänge klar zu machen. Bei dem wilden Aktionismus, in dem sich unsere Politiker gegenwärtig gefallen, ist zu befürchten, dass die Energiewende nur eine neue Welle großer Umweltzerstörungen einleitet.«

Helmut Hoppe, Gevelsberg



GEWONNEN HABEN

April-Rätsel

Lösungswort: Respekt
Erster Preis: Sven Ludwig, Walkenried
Zweiter Preis: Arslan Yilmaz, Berlin
Dritter Preis: Lance Abdalla, Köln

Respekt – das Lösungswort des Rätsels im April. Was dahinter steckt unter: www.igmetall.de/respekt

BILD DES MONATS

Frauen bei der Arbeit

Langsam wird's Zeit, sich warm zu laufen. Nur noch gut drei Wochen, dann startet die Frauenfußball-Weltmeisterschaft. Am 26. Juni treten die deutschen Fußball-Frauen in Berlin zum Eröffnungsspiel gegen Kanada an. Deutschland ist in diesem Jahr nicht nur Gastgeber, sondern auch Titelverteidiger. (Oder heißt das Titelverteidigerin?) Bis zum 17. Juli lassen 16 Mannschaften in 32 Spielen in 9 Stadien den Ball rollen.

Kasse machen. Nicht nur Spielerinnen und Fußball-Fans freuen sich auf das Ereignis. Für Sportartikelhersteller wie Adidas und Puma verspricht das Event ebenfalls viel Aufmerksamkeit. Je sympathischer und erfolgreicher die Trikot-Trägerinnen ankommen, desto besser für ihre Kasse. Im Weltmeisterschafts-Jahr 2010 verbuchte Adidas einen Rekordgewinn von gut 560 Millionen Euro.

Den Preis des Erfolges zahlen Näherinnen in Asien, Mittel- und Südamerika. Die Kampagne für Saubere Kleidung wird die Frauenfußball-WM nutzen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage dieser Frauen zu lenken. Das größte Problem: die Löhne. Näherinnen in El Salvador, die unter anderem für Adidas produzierten, berichteten der Kampagne, dass sie acht Cent pro 25-Dollar-Trikot erhalten. Sie kommen damit auf etwa 170 Dollar im Monat. Zum Überleben braucht eine Familie aber etwa 700 Dollar. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Aktionen, wie zum Beispiel Protestpostkarten an Adidas, sind hier zu finden:


 www.saubere-kleidung.de



Foto: Laci Perenyi/dpa/pa

Wirtschaft schult

SCHULE ALS LOBBY-ZIEL

Die Wirtschaftslobby überrollt die Schulen mit Material und Experten. Sie werben für Produkte – und einen marktradikalen Wirtschafts-Unterricht.

Die Wirtschaft nimmt die Schulen ins Visier: Sie macht Unterricht, schult Lehrer und schickt Unterrichtsmaterial.

»Der Sozialversicherung steht das Wasser bis zum Hals, dringende Reformen sind nötig«, heißt es etwa in der Unterrichtseinheit »Schlanker Staat« des Lobby-Verbands »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«. Das Ziel der Wirtschaftslobby: Schüler sollen von der Pike auf marktwirtschaftliches Denken lernen. Am besten in einem eigenen Fach »Wirtschaft«. Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte haben dort keinen Platz.

Die Lobby hat Erfolg: Immer mehr Bundesländer haben Wirtschaft in den Lehrplänen. In Bayern bildet die Initiative »My Finance Coach«, getragen von

der Allianz, nun sogar Lehrer an der staatlichen Akademie fort.

Markt statt Politik. Die Gewerkschaften befürchten eine Verschiebung hin zum einseitig marktradikalen Wirtschaftsunterricht auf Kosten von Politik und sozialen Themen.

An den Schulen kommt die Lobby unterschiedlich an. »Es wird mehr«, meint Reinhold Hedtke von der Uni Bielefeld, der das Thema erforscht. »Kompetente Lehrer gehen damit kritisch um. Doch unerfahrene, fachfremde Lehrer sind dankbar für fertige Inhalte.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

IG Metall-Material zum Thema:

► www.igmetall.de/wirtschaft-und-schule

PFLAUME DES MONATS

Brauchen Griechen mehr Inseln als Deutsche?

Angela Merkel ist eine wahre Europäerin. Sie macht Schluss mit dem »Jeder-macht-was-er-will-Europa«. Wir haben alle den Euro. Da dürfen die einen nicht mehr Urlaub nehmen als die anderen, kritisierte sie die Abweichler im Süden. Genau. Und wo wir schon dabei sind: Wieso haben die Griechen eigentlich viel schönere Inseln als wir? Warum haben die Portugiesen den blauen Atlantik und wir die graue Nordsee? Warum haben die Italiener leckeres Olivenöl und wir nur fades Rapsöl? So nicht, liebe Süd-Europäer. Entweder wir kriegen das auch oder wir machen Samos zu Langeoog und Kreta zu Sylt, streichen den Atlantik grau und panschen Olivenöl. Wir Einheitseuropäer hoffen auf Sie, Frau Merkel. ■

Die Kanzlerin und die Griechen: nicht immer eitel Sonnenschein.



ZAHLEN UND FAKTEN

55

Teure Privatkassen

Die Beiträge privat Krankenkassenversicherter klettern steiler nach oben als die der gesetzlich Versicherten. Zwischen 1997 und 2008 stiegen sie um 55 Prozent (gesetzliche: 32 Prozent). Eine repräsentative Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der Krankenkasse Barmer GEK ergab: Jeder dritte Privatpatient hat inzwischen Zweifel, ob er in der Privatversicherung gut aufgehoben ist.

62

Zufriedene Ingenieure

Ingenieure und technische Experten beurteilen ihre Arbeitsbedingungen besser als andere Beschäftigte. Auf einer Skala von 0 bis 100 vergeben sie 62 Punkte. Das sind vier Punkte über dem Durchschnitt. Trotzdem herrscht kein eitel Sonnenschein. Bemängelt werden etwa Zeitdruck und zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten. Die Details sind nachzulesen unter:

► www.igmetall.de

→ Stichwort »Sonderreport«

3,7

Schlechte Bildung

Die Bundesbürger geben dem deutschen Bildungssystem nur die Note 3,7, erbrachte eine großangelegte Studie der Bertelsmann-Stiftung. Für bessere Bildung wären 73 Prozent bereit, höhere Steuern zu zahlen. 70 Prozent fordern eine Ausbildungsgarantie, unter türkischstämmigen Bürgern sogar 89 Prozent.

Foto: Carmen Jaspersen/dpa/pa



Foto: Daimler AG

Autos sollen in eine grüne Zukunft fahren. Nachhaltige Mobilität ist das Zauberwort.

Keine Tretautos

AUTO UND UMWELT

Ein grüner Ministerpräsident in einer Gegend, die ihren Wohlstand vor allem ihren großen und schnellen Autos verdankt – neue Lage also in Baden-Württemberg. Grund zur Panik? Oder passt das zusammen? Die Auto-Betriebsräte sind gelassen. Sie sagen: Wir sind schon öko.

Baden-Württemberg grün-rot: Auf maroden Holperpisten stauen sich die Tretautos von Porsche. Auf dem Land streiten sich entlassene Maschinenbauer um Erntehelferjobs bei Biobauern. Arbeitslose Metaller schlagen die Zeit mit Pulloverstricken tot. Wer die Bild-Zeitung liest, könnte glauben, dass die Zukunft im Musterlände bald so ähnlich aussieht. »Darf Porsche bald nur noch Tretautos bauen?«, titelte das Blatt nach der Landtagswahl.

Irritiert. Dem neuen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann war herausgerutscht, dass »weniger Autos besser sind als mehr«. Im Stammland von Daimler, Porsche und Bosch kein guter Einstieg. »Ich bin irritiert, dass sich eine Partei in einem Land zur Wahl stellt und dann feststellt, dass dort Autos gebaut werden«,

sagt Uwe Hück, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Porsche. »Baden-Württemberg ist stark geworden durch die moderne Industrie.« Und eine der wichtigsten ist die Autobranche. Passen Autos und Grün nicht zusammen? Sind die Grünen eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort?

Offenbar nicht. Die meisten Betriebsräte in den Auto- und Zulieferfirmen machen sich jedenfalls keine Sorgen. »Ich bin mir sicher, dass wir weiter viele Autos bauen können«, sagt Erich Klemm, der Konzernbetriebsratsvorsitzende von Daimler. »Dass die Autobranche nur eine Zukunft hat, wenn sie

ökologisch nachhaltige Produkte entwickelt, wussten wir schon vor dem Wechsel der Landesregierung.«

Auch Thomas Bohlender von der Schuler SMG, einer Maschinenbau-Firma in Waghäusel bei Bruchsal, sieht seine Firma für die ökologische Zukunft gut aufgestellt. »Wir profitieren vom Trend zu mehr Energieeffizienz.« Schuler hat gerade eine größere Anlage an BMW geliefert, mit der leichtere Kunststoff-Karosserieteile geformt werden. Leichtere Materialien sind im Kommen, weil sie helfen, den Energieverbrauch zu senken. Auch bei Elektroautos mit ihren schweren Batterien ist Leichtbau ein großes Thema.

An Elektrofahrzeugen arbeiten alle Autokonzerne. Viele haben schon Fahrzeuge im Angebot:

WISSEN

Baden-Württemberg: Wirtschaft und Wahl

- Hauptindustrieweige: Fahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Datenverarbeitung, Metallindustrie. Die Exportquote liegt bei 66 Prozent.
- Rund 400 000 Menschen haben beruflich mit Autos zu tun. Die meisten arbeiten bei Daimler, Porsche, Audi und den mehr als 1000 Zulieferern. Zu den großen Zulieferern zählen Bosch, ZF, Mahle, Behr, Getrag, Eberspächer, Kolbenschmidt, Allgeier, Freudenberg, Mann + Hummel und Peguform.
- 55 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wählten bei der Landtagswahl Rot-Grün: 24 Prozent Grüne, 31 Prozent SPD.

Porsche etwa das Hybridfahrzeug Panamera S, Daimler den S 400 und die B-Klasse F-CELL mit Brennstoffzellenantrieb. »Die Frage ist nicht, ob wir umweltfreundliche Autos bauen können, sondern, ob es genug Strom gibt und die Infrastruktur, wie Netze und Ladestationen, dafür da sind«, sagt Uwe Hück.

Allerdings sind kleinere und mittlere Autozulieferer für die elektromobile Zukunft nicht so gut gerüstet wie die großen Autofirmen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung aufdeckte. Die Kleineren kümmern sich bisher wenig um Forschung und Entwicklung, weil sie unsicher sind, wohin die Reise geht.

Gerade bei der Elektromobilität drohen deutsche Unternehmen insgesamt gegenüber ausländischen Konkurrenten ins Hintertreffen zu geraten. So wurden zum Beispiel 2007 in China 2350 Patente zu Batterien und Elektromotoren angemeldet, in Deutschland nur 700. Wenn Baden-Württemberg zum »Leitmarkt für alternative Antriebe« werden soll, wie dem SPD-Wirtschaftsminister Nils Schmid vorschwebt, gibt es einiges zu tun.

Menschen mitnehmen. Die neue Landesregierung will die grünen Wachstumsfelder – nachhaltige Mobilität, also umweltfreundliche Verkehrskonzepte und -mittel, Umwelttechnologien und Techniken zum sparsameren Einsatz von Rohstoffen – zum Schwerpunkt ihrer Industriepolitik machen. Wie, ist noch unklar.

»Wir freuen uns, wenn die Regierung uns dabei unterstützt«, sagt Erich Klemm. »Sie sollte vor allem dafür sorgen, dass ökologische mit sozialer Nachhaltigkeit einhergeht. Das heißt, dass die Beschäftigten auf diesem Weg mitgenommen werden und ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Verstoßen die Hartz-IV-Sätze gegen das Grundgesetz?

Die IG Metall unterstützt Musterverfahren zum Bundesverfassungsgericht gegen die neue Hartz-IV-Regelleistung. Der Grund: Die Rechtsexperten der IG Metall haben erhebliche Zweifel, dass der Gesetzgeber mit seiner Berechnungsmethode und der damit ermittelten Leistungshöhe tatsächlich den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) nachgekommen ist.

Die Hartz-IV-Reform. Hintergrund für die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze war ein Urteil des BVerfG vom Februar 2010, das unter anderem eine transparente und nachvollziehbare Ermittlung beim Regelbedarf für Hilfeempfänger forderte.

Seit 1. Januar liegt der Regelsatz für alleinstehende und für alleinerziehende Erwachsene jetzt bei 364 Euro im Monat. Dieser Betrag wurde auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstatistik 2008 berechnet, die rund 230 Positionen enthält.

Neu berücksichtigt wurden zum Beispiel die Praxisgebühr und die Kosten für einen Inter-

netanschluss. Weggefallen sind unter anderem die Ausgaben für Tabak und Alkohol.

Um die strittigen Punkte verfassungsrechtlich klären zu lassen, unterstützt die IG Metall deshalb ausgesuchte Fälle von Betroffenen, die den Karlsruher Richtern zur Überprüfung vorgelegt werden sollen.

Fristgerecht widersprechen.

Sollten die Karlsruher Richter nochmals eine rückwirkende Nachbesserung vom Gesetzgeber verlangen, so kann von dieser nur profitieren, wer seinem Bescheid schriftlich widersprochen hat. Und zwar fristgerecht einen Monat nach Zugang des Schreibens. Die Jobcenter bewilligen die Regelleistung erfahrungsgemäß immer für einen Zeitraum von sechs Monaten. Ein Widerspruch gilt deshalb immer nur für diesen konkreten Bescheid. Das heißt: Hartz-IV-Empfänger müssen auf jeden Bescheid erneut reagieren. Nämlich insbesondere dann, wenn die Behörde den Leistungsbescheid nicht für »nur vorläufig« erklärt. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Buch: »Weiter so« geht nicht

Wirtschaftskrise, Kurzarbeit, die ökologische Katastrophe in Japan: Die Welt ist im Umbruch. Die IG Metall hat Gegenkonzepte zum Neoliberalismus vorgelegt, vor allem in der »Kurswechsel-Debatte«. Ein zentrales Thema dort sind zeitgemäße Konzepte für mehr Wirtschaftsdemokratie. Auch das Buch »Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!« will die Debatte anfeu-

ern. Herausgeber sind Hartmut Meine, Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Professor Michael Schumann sowie Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Für IG Metall-Mitglieder kostet das Buch zehn Euro. Leseprobe und Bestellmöglichkeit:

► www.vsa-verlag.de

IN KÜRZE

Billig, willig, Praktikant

Der Missbrauch von Praktikanten als billige Arbeitskraft hat sich weiter verschärft: 75 Prozent leisten volle Arbeit, aber nur 40 Prozent werden dafür bezahlt. Und nur 22 Prozent bekommen nach dem Praktikum einen festen Job. Das hat die neue DGB-Umfrage »Generation Praktikum 2011« ergeben.

► www.dgb-jugend.de



Foto: Kirchentag

Gewerkschaft trifft Kirche: Im Juni auf dem Kirchentag.

Kirchentag 2011

Vom 1. bis 5. Juni 2011 findet in Dresden der 33. Kirchentag statt. Und die IG Metall ist dabei. Regina Görner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, möchte dort mit jungen Menschen ins Gespräch kommen um herauszufinden, was sie beschäftigt. Berichte wird es geben auf:

► www.igmetall.de

► www.kirchentag.de

Wadans Welt

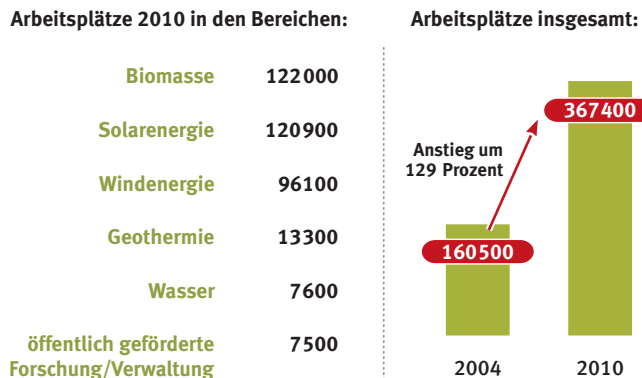
Der Dokumentarfilm »Wadans Welt – Von der Würde der Arbeit«, in dem Regisseur Dieter Schumann eine Gruppe von Schweißern beim Kampf um den Erhalt der Werft in Wismar begleitet, läuft seit Mitte Mai in einigen ausgewählten Programmkinos. In welchen Kinos der Film gezeigt wird:

► www.realfictionfilme.de

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Erneuerbare Energien bringen Arbeit

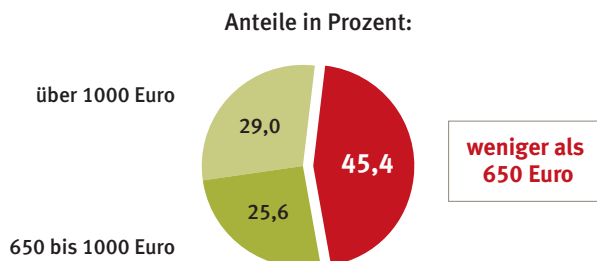
Seit 2004 haben die Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien stark zugenommen. Werden sie weiter ausgebaut, könnten laut Wissenschaftlern eine Million zusätzliche Stellen entstehen.



Quelle: Bundesumweltministerium/Greenpeace

Fast die Hälfte der Renten liegen unter 650 Euro

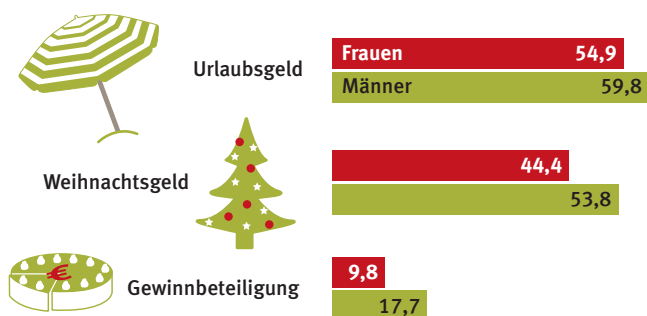
Über 17,5 Millionen Menschen in Deutschland beziehen Altersrenten. Fast 8 Millionen von ihnen bekommen weniger als 650 Euro im Monat; davon sind über drei Viertel Frauen.



Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen

Frauen bekommen seltener Urlaubsgeld

Frauen verdienen in Deutschland nicht nur im Schnitt 23 Prozent weniger als männliche Kollegen. Sie bekommen auch seltener Sonderzahlungen. Soviel Prozent aller Beschäftigten erhalten ...



Quelle: IG Metall, Frauenlohnspiegel

Öko – klar, aber sozial gerecht

INTERVIEW

Gewerkschafter und Umweltgruppen sind sich nicht immer grün. Bisher. Aber es lohnt sich, aufeinander zuzugehen, sagt Dirk Seifert von Robin Wood.

Seit letztem Jahr gab es immer wieder gemeinsame Aktionen von Umweltverbänden wie Euch und IG Metall. Wie kam es dazu?

Dirk Seifert: Als wir anlässlich des Tschernobyl-Jahrestags 2010 und der damals von der Regierung geplanten AKW-Laufzeitverlängerung eine 120 Kilometer lange Menschenkette planten, haben wir Kontakt zur IG Metall Unterelbe aufgenommen. Das Ergebnis war, dass Metaller sich sehr engagiert und viel zur Menschenkette beigesteuert haben. Nachdem der Kontakt da war, kamen wir auch über andere Themen ins Gespräch. Auch mit dem IG Metall-Bezirk Küste und dem Vorstand.

Und freut Euch das?

Seifert: Natürlich freuen wir uns, wenn sich Umweltverbände und eine große Organisation mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern einander annähern.

Was verbindet Gewerkschafter und Ökofreaks?

Seifert: Das gemeinsame Interesse an einer lebenswerten Umwelt. Wenn VWler in Salzgitter umweltfreundliche Mini-Heizkraftwerke entwickeln, zeigt das, dass sich auch Metall-Beschäftigte für die Umwelt engagieren wollen. Mir gefällt die Losung der IG Metall »Gemeinsam für ein gutes Leben«. In ihr steckt die Vorstellung von einer gesunden, nach-

haltigen Umwelt, die aber auch nach den sozialen Bedingungen und den Mitspracherechten der Menschen fragt. Gewerkschaften und Umweltverbände verbindet auch der Wille und die Fähigkeit, Kampagnen für ihre Ziele zu führen. Wie bei den Gewerkschaften etwa die Clean Clothes Campaign für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Textilbetrieben der Entwicklungsländer.

Vor 20 Jahren rief die IG Metall die Kampagne »Tatort Betrieb« ins Leben, um umwelt- und gesundheitsschädliche Stoffe aus der Produktion zu verdammen.

Seifert: In giftigen Arbeitsstoffen in der Produktion sehe ich auch ein großes Feld, wo sich Metaller und Umweltverbände aufeinander zubewegen können.

Aber konfliktfrei läuft die Zusammenarbeit nicht.

Seifert: Sicher, es gibt einige Differenzen. Zum Beispiel, dass die IG Metall nicht wie wir für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie ist. Da die Endlagerfrage ungelöst ist, ist für mich die logische Konsequenz: Sofort abschalten. Der Anteil der Erneuerbaren Energie lässt sich rasant steigern. Jetzt sind schon genug Kapazitäten auf dem Markt, um die 18 Prozent Atomstrom auszugleichen. Wir verstehen auch nicht, dass die IG Metall weiter auf Kohle-Großkraftwerke setzt, die die Umwelt



Foto: Markus Scholz

Dirk Seifert, 50, ist Energiereferent bei der Umweltorganisation Robin Wood in Hamburg. Seine E-Mail-Adresse: energie@robinwood.de

massiv mit CO₂ belasten. Man muss entscheiden, ob man klimapolitisch vorankommen oder schädliche alte Strukturen erhalten will.

Und was soll die IG Metall ihren Mitgliedern sagen, die in den »alten Strukturen« ihr Geld verdienen und nicht arbeitslos werden wollen?

Seifert: Die Frage müssen nicht die Umweltverbände beantworten, sondern die Gewerkschaften. Aber wir finden, sie sollten nicht an einer falschen Umweltpolitik festhalten, weil Arbeitsplätze daranhängen, sondern neue Perspektiven aufzeigen. Im übrigen werden die AKW-Beschäftigten nicht gleich entlassen. Sie sind noch zehn Jahre mit dem Rückbau beschäftigt – mindestens. Und in der Erneuerbaren-Energie-Branche arbeiten schon jetzt bald 400 000 Menschen. Hier sind noch Riesenzugpotenziale. Zum Beispiel im Bau von Windkraftanlagen.

Mit der Windenergiebranche hat die IG Metall jede Menge Probleme. Gerade in den Ökobranchen sind die Strukturen oft von vorgestern: Schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen, keine Mitsprache. Was uns nervt: Umweltverbände scheinen auf dem sozialen Auge oft blind zu sein.

Seifert: Die Kritik ist berechtigt. Wir Umweltverbände müssen daran arbeiten, dass wir auch mehr soziale Verantwortung übernehmen und Forderungen an die Ökobetriebe stellen. Wir kön-

nen uns bei ihnen auch öffentlichkeitswirksam Gehör verschaffen; schließlich verdanken sie der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung ihren Erfolg. Beim Aufruf zum Tschernobyl-Jahrestag 2011 haben wir soziale Forderungen schon ausdrücklich unterstützt. Das war ein erstes positives Zwischenergebnis der bisherigen Diskussionen mit Metallern.

Welche Forderungen waren das?

Seifert: Dass der Ausstieg aus der Atomenergie sozialverträglich geschehen muss, ohne soziale Verschlechterungen und Entlassungen. Und dass bei den Branchen der Erneuerbaren Energien die Arbeitsbedingungen sozial, gesund und umweltfreundlich sein müssen, die Tarifstandards eingehalten und die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften beachtet werden. Das Ziel muss sein: Ökostrom – na klar, aber sozial gerecht. Dabei wird es noch eine spannende Diskussion mit der IG Metall werden, was sozial gerecht ist. Das Ergebnis könnte sein, dass wir Betriebe nicht mehr empfehlen, die versuchen, die Gewerkschaften herauszuhalten und Mitbestimmung zu verhindern.

Wie könnte die Zusammenarbeit weitergehen?

Seifert: Jeder kann durch sein eigenes Verhalten zur ökologischen Energiewende beitragen. Ich könnte mir zum Beispiel eine gemeinsame Kampagne »Umsteigen auf Ökostrom« vorstellen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

WISSEN

Wer ist Robin Wood?

1982 haben Umweltaktivisten Robin Wood gegründet. »Namenspatron« war Sagenheld Robin Hood. Hauptthemen: Wald, Energie und Verkehr. Aktivitäten: gewaltfreie Aktionen, Infostände, Referate, Veröffentlichungen. Im aktuellen »Robin Wood Magazin« geht es um Gewerkschaften und Umweltverbände, mit Texten der IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen-Sachsen-Anhalt und Küste, Hartmut Meine und Meinhard Geiken.

► www.robinwood.de

Informationen der IG Metall zur Energiewende:

► www.igmetall.de → Stichwort: »Energiewende«

IN KÜRZE

Alstom Salzgitter kämpft

Die Beschäftigten von Alstom in Salzgitter kämpfen gegen die Verlagerung des Rohbaus. 1400 der 2800 Jobs sind in Gefahr. Zudem will die Konzernleitung Lohnkürzungen von 40 Prozent. Die IG Metall zweifelt an der Wirtschaftlichkeit der Verlagerung. Alstom hat bislang keinerlei Zahlen vorgelegt. Aktuelle Infos und Aktionen: ► www.igmetall-salzgitter-peine.de

Liebe auf Rädern

»Liebe ist ...«: So lautet das Motto des diesjährigen Christopher Street Days in Köln. Und die Liebe ist auch in der IG Metall vielfältig und bunt. Deswegen ist die IG Metall-Jugend auch mit einem Wagen am 3. Juli dabei. Dieses Jahr bilden die DGB-Gewerkschaften einen eigenen Block bei der Parade und laden alle ein, mitzufahren und mitzufeiern. ► www.colognepride.de



Flagge zeigen für Schwule und Lesben in der IG Metall.

Foto: Rikke/fotolia.com

AEG kämpft wieder

Fünf Jahre nach ihrem Streik gegen die Schließung des AEG-Werks in Nürnberg haben die in Verwaltung und Vertrieb verbliebenen 600 AEGler wieder gekämpft: Ihre abgesenkten Löhne steigen bis 2013 wieder auf Flächentarif. Der gemeinsame Betriebsrat, den die Electrolux-Konzernleitung auflösen wollte, bleibt. ► www.igm-nuernberg.de

Text: Volker Beck

Im pfälzischen Frankenthal ist der Weg vom Alltag in den Ausnahmezustand nicht weit. Schon nach wenigen Schritten von der Fußgängerzone entfernt, merkt man, dass hier etwas anders abläuft als gewöhnlich.

Die Lamsheimer Straße, eine wichtige Zufahrtsstraße für verschiedene Industriebetriebe ist komplett gesperrt, hinter der Absperrung flattern rote Fahnen im Wind. Frauen und Männer in Warnwesten stehen vor einem Werktor, sitzen auf Camping-Stühlen oder an Festzelt-Garnituren. Die Szenerie wirkt entspannt und gelassen. Doch der Eindruck trügt.

Für die Kolleginnen und Kollegen vom Druckmaschinenbauer KBA ist es alles andere als unterhaltsam, was sie hier machen. Sie streiken. Der erste Streik in Frankenthal seit 98 Jahren. Sie wollen damit einen Sozialtarifvertrag für alle Metallerrinnen und Metaller am Standort erkämpfen. In einem Sozialtarifvertrag werden üblicherweise Regelungen festgehalten, die die negativen Auswirkungen eines Arbeitsplatzabbaus für die Betroffenen abmildern sollen.

Seit Donnerstag, 5. Mai um 6 Uhr, haben die Beschäftigten ihre Arbeit niedergelegt. Und schon am Abend vor dem Streik konnten die Beschäftigten einen Erfolg verbuchen: LKW mit dem Auftrag, fertige Teile abzuholen, mussten unverrichteter Dinge wieder leer zurückfahren.

»Der Streik steht, es gibt keine Streikbrecher«, freut sich Günter Hoetzl, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Ludwigshafen-Frankenthal.

Auch für den jungen Facharbeiter Steffen Ebrecht war es keine Frage, sich aktiv zu beteiligen. Als 1995 noch über 2000 Menschen beim Frankenthaler Druckmaschinenbauer beschäftigt waren, verdienten auch mehrere Mitglieder seiner Familie ihr Geld bei »Albert«, wie das Unternehmen früher hieß und heute noch so von vielen genannt wird. Inzwischen ist er der einzige aus seiner Familie, der noch hier im Werk beschäftigt ist.

Seit 2003 kam es regelmäßig zu Entlassungswellen, inzwischen ist der Standort auf ein Minimum geschrumpft, soll aber nach dem Willen des KBA-Vorstands um noch mal 200 Beschäftigte reduziert werden. Das zehrt an den Nerven. »Ich würde gerne eine Familie gründen, aber das geht nicht, ich weiß ja nicht, ob ich mein Kind in ein bis zwei Jahren noch ernähren kann«, berichtet Ebrecht.

Gemeinsam. Die Streikenden können auf eine große Unterstützung zählen. Darunter ist auch der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, SPD. »Ihr könnt euch sicher sein:



Hier streikt's Tage des Protests

KBA FRANKENTHAL

Nichts geht mehr im und vor dem Werk beim Druckmaschinenbauer KBA in Frankenthal. 600 Metallerrinnen und Metaller befinden sich seit dem 5. Mai in einem unbefristeten Streik. Ihr Ziel: Abschluss eines Sozialtarifvertrags. Der Streik wird von einer breiten Solidaritätswelle getragen.



wenn es um Arbeitsplätze geht, dann weiß der Ministerpräsident wo sein Platz ist – an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.«

Insbesondere von Beschäftigten anderer Betriebe der Region aber auch aus ganz Deutschland erfahren die KBA-Beschäftigten große Solidarität. »Als zum Beispiel die Pfälzer Flugzeugwerke mit sieben Bussen bei uns ankamen, das war schon beeindruckend«, erinnert sich Betriebsrat Jochen Walther. Der Ausbilder ist seit 33 Jahren bei KBA beschäftigt.

Für manchen in der KBA-Belegschaft ist es eine neue Erfahrung, dass sich andere mit ihnen solidarisieren. Eine fünf Meter hohe »Wand der Solidarität«, auf der sich Besucher eintragen können, musste bereits nach einer Woche ausgetauscht werden. Es war einfach kein Platz mehr. Auch die zweite wird bald voll sein. »Am Anfang beschwerten sich einige über die gesperrte Straße, jetzt bleiben sie kurz stehen und unterschreiben«, berichtet Günter Hoetzel.

Durch den Streik ist auch der Zusammenhalt in der Belegschaft weiter gestiegen. »Freunde und Bekannte raten mir, einen anderen Job zu suchen. Das kommt für mich nicht in Frage.

Sich jetzt eine andere Arbeitsstelle zu suchen, das finde ich feige. Wir ziehen das hier gemeinsam bis zum Ende durch«, zeigt sich die Technische Zeichnerin Susanne Schwab fest entschlossen.

Erfolgreich. Unsolidarisch hat sich bisher nur der KBA-Vorstand gezeigt. Bereits während der Urabstimmung hieß es: »verboten!«, egal, ob es um die Nutzung des Firmenparkplatzes oder die Nutzung der sanitären Einrichtungen ging. Im Streik ging das Unternehmen noch einen Schritt weiter: Es sperrte die (externe) Küchen-Mannschaft aus. Jetzt bekochen sie die Streikenden im großen Streik-Zelt, das als Streiklokal und Veranstaltungsort dient. Statt ihrer weißer Mützen tragen Köche und Küchenhilfen die roten IG Metall-Kappen.

Die Solidarität und Entschlossenheit haben dazu geführt, dass beim KBA-Vorstand die Erkenntnis gereift ist, dass die Beschäftigten bereit sind, den Streik noch lange durchzuhalten. Nach fast zwei Wochen Funkstille will sich das KBA-Management jetzt wieder an den Verhandlungstisch setzen. Da die IG Me-

tall und der Betriebsrat jederzeit verhandlungsbereit waren und sind, wird am 24. Mai die insgesamt vierte Verhandlungsrunde stattgefunden haben. »Ich finde es gut, dass KBA endlich wieder verhandeln will, allerdings rechne ich nicht mit einem schnellen Ergebnis, so wie KBA bisher mit uns umgegangen ist«, ist Betriebsrat Jochen Walther skeptisch. Sein ehemaliger Azubi Steffen Ebrecht hingegen ist optimistischer: »Der KBA-Vorstand muss sich mit uns einigen, schließlich können die ohne unseren Falzapparat keine einzige Druckmaschine bauen.« ■

Redaktionsschluss dieser metallzeitung war der 20. Mai. Die Ergebnisse der Verhandlung vom 24. Mai und alle späteren Entwicklungen stehen auf der Streik-Homepage:

► www.kbastreik.igmetall.de

Kontakt KBA-Streikende:

► kbastreik@googlemail.com

Facebook-Streik-Seite:

► [facebook.com/kbastreik](https://www.facebook.com/kbastreik)



1 Demo vor dem Werktor:

Die Beschäftigten bei KBA machen ihrem Unmut Luft.

2 Urabstimmung:

Über 94 Prozent der IG Metall-Mitglieder bei KBA stimmten für den Streik.

3 Solidaritätsbesuch:

Beschäftigte aus umliegenden Firmen nutzen oft die Mittagspause für einen kurzen Solidaritätsbesuch.

4 Warnstreik:

Kollegen im Warnstreik.

5 Streik-Homepage:

Auf der Streik-Homepage findet man Bilder, Videos und alle Solidaritäts-Adressen.

6 Kurt Beck:

Der Ministerpräsident will beim KBA-Vorstand Druck machen, damit es zu einer Einigung kommt.

7 Jugend:

Viele junge Kolleginnen und Kollegen unterstützen die Streikenden.

8 Gefragt:

Armin Schild, Bezirksleiter des Bezirks Frankfurt, war zum Streik-Auftakt ein gefragter Interview-Partner.

Fotos: fms

Darf der Chef schnüffeln?



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Hermann

RECHT SO | Büro, Schreibtisch, Kleiderspind: Das alles stellt der Arbeitgeber zur Verfügung. Aber darf er deswegen einfach mal die in die Schubladen gucken? Verletzt er die Persönlichkeitsrechte, wenn er ungefragt darin rumwühlt?

Das Persönlichkeitsrecht des Menschen gehört zu den höchsten Schutzgütern, die wir kennen. Es ist nicht nur vom Grundgesetz geschützt, sondern wirkt auch zwischen den Bürgern. Etwa im Falle von sexueller Belästigung oder bei Mobbing am Arbeitsplatz. Hiergegen muss der Arbeitgeber sogar aktiv einschreiten, um diese Verletzung des Persönlichkeitsrechts zu unterbinden. Chefs, die keine Maßnahmen ergreifen, machen sich schadensersatzpflichtig.

Er selber darf natürlich auch nicht in das Persönlichkeitsrecht der bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer eingreifen. Der Beschäftigte befindet sich während der Arbeit im geschützten Bereich des Arbeitgebers. Der Grund: Es handelt sich um dessen Eigentum und er übt am Arbeitsplatz sein Hausrecht aus. Als Arbeitnehmer »verkauft« man zwar seine Arbeitskraft, nicht aber seine Grundrechte. Problematisch wird es deshalb immer dann, wenn sich der Arbeitgeber beim Eingriff in das Persönlichkeitsrecht auf den Schutz seiner eigenen Rechte berufen kann. Etwa beim Ausspionieren der Privatsphäre, wenn der Chef

den Verdacht hat, dass man sich vertragswidrig verhält oder Rechtsgüter des Arbeitgebers verletzt. Kommt es zum Konflikt, müssen deshalb die Interessen beider Seiten gegeneinander abgewogen werden. Das heißt: Auf bloßen Verdacht hin darf der Chef nicht in privaten Angelegenheiten seiner Beschäftigten herumschnüffeln. Doch am Arbeitsplatz ist grundsätzlich nichts privat. Das gilt sowohl für Schreibtisch und Computer als auch für Werkzeug. Alles gehört dem Arbeitgeber. Dieser hat aber grundsätzlich eine Obhut- und

Verwahrungspflicht für alle persönliche Gegenstände des Arbeitnehmers, die für diesen notwendig und unentbehrlich sind und deshalb mit in den Betrieb bringt. Dazu zählen etwa Geld, Ausweis, Hausschlüssel und die Straßenkleidung. Auch wer während der Arbeit Dienst- oder Schutzkleidung tragen muss, hat Anspruch auf einen eigenen abschließbaren Spind. Diesen darf man ohne Erlaubnis des Beschäftigten keinesfalls öffnen, es sei denn es gibt einen konkreten Hinweis auf schwerste Verfehlungen.



WISSEN

Rechte und Pflichten

Bewerbungsgespräch, Probezeit, Personalakte: Was darf der Chef, was darf er nicht? Und welche Rechte hat der Beschäftigte? Die Rubrik »Recht so« beantwortet die wichtigsten Fragen für den Arbeitsalltag. Im Mitgliederbereich des IG Metall-Internets stehen alle Texte noch mal zum Nachlesen:

www.igmetall.de/rechtso

Filmen verboten. Auch darf keine Videokamera aufgestellt werden, die Beschäftigte während der Arbeit aufzeichnet. Und zwar selbst dann nicht, wenn diese tatsächlich keine Bilder macht. Allein der Druck, den eine solche Kamera auslöst (weil eine Aufzeichnung jederzeit möglich wäre) greift in das Persönlichkeitsrecht ein. Will der Arbeitgeber seine Beschäftigten im Betrieb filmen, ist das nur mit deren Einverständnis erlaubt. Gibt es einen Betriebsrat, muss dieser zustimmen. Fehlen diese, drohen hohe Schadensersatzansprüche. ■

Migration: Zweimal zu Hause

Lesetipp: In dem Buch »Heimstraße 52« erzählt der Autor Selim Özdoğan die Geschichte von Gül. Die Türkin kommt nach Bremen und fühlt sich dort lange fremd. Als sie später dann in die Türkei zurückkehrt, ist sie auch dort auf einmal fremd. Stellt sich die Frage: Wo ist sie nun zu Hause? Keine leichte Lektüre, aber es ist ja auch kein leichtes Thema. Güls Gefühlswelten geben dem Leser Einblick in die Seelen aller, die in zwei Welten leben. ■



Heimstraße 52: Ist das ein Zuhause für Gül?

Schreiner mögen IG Metall wieder

Die meisten Schreiner bezahlen ihre Beschäftigten nach Tarifen, die sie mit der arbeitgeberfreundlichen GKH ausgehandelt haben. Das könnte sich bald ändern. Nachdem das Bundesarbeitsgericht Zweifel gesät hat, ob die GKH überhaupt Tarifverträge abschließen kann, hat das letzte Stündlein der GKH-Tarifverträge wohl bald

geschlagen. Schon kommen die Arbeitgeber wieder auf die IG Metall zu. Die ersten Gespräche laufen. »Eine Billignummer«, stellte IG Metall-Tarifexperte Toni Engberding aber gleich klar, »ist aber mit uns nicht zu machen.« Mehr über die Hintergründe:

www.igmetall.de
→IG Metall →Tarife

PRÜFSTAND

Starkstrom im Elektroauto

Bis 2020 sollen nach Willen der Bundesregierung eine Million Elektro- und Hybridautos auf unseren Straßen sein. Doch was viele nicht wissen: Elektroautos fahren mit Spannungen von bis zu 1000 Volt. Wer da ohne Spezialkenntnisse am Auto herum-schraubt, riskiert sein Leben.

Doch das hat sich auch in den meisten Kfz-Werkstätten noch nicht herumgesprochen: 87 Prozent der Mechaniker und Mechatroniker waren in einer Befragung des TÜV Süd der Meinung, dass batteriebetriebene Autos weniger gefährlich seien als die mit Kraftstofftank.

Qualifizierung tut Not. Der TÜV Süd sieht dringenden Schulungsbedarf. Dabei hatte der Zentralverband Kfz-Gewerbe noch kürzlich in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel versichert: Die Werkstätten sind »fit für die Elektromobilität«.

Die IG Metall kritisiert das schon länger: Außer einigen Hersteller-Niederlassungen investiert das Kfz-Handwerk viel zu wenig in die Qualifizierung. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr im IG Metall-Branchenmagazin »Kfz-Handwerk«:

► www.igmetall.de/kfz-handwerk



Foto: imagebroker.net/Photolibrary

Elektroautos sind zwar öko und haben keine Brennstoffstoffe an Bord – aber dafür bis zu 1000 Volt.



Foto: Blue Jean Images/Photolibrary

Da freut sich das Schwein: Geld sparen und Mitgliedsleistungen sichern.

Beitrag anpassen

FAMILIE UND BERUF

Wenn sich Berufstätige entschließen, ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr selbst zu betreuen, gehen sie in Elterzeit. Was viele nicht wissen: Metalller zahlen dann nur 1,53 Euro Beitrag im Monat.

Die Geburt und die ersten Monate des eigenen Kindes aktiv mitzuerleben – das wollen sich viele Mütter und auch Väter nicht entgehen lassen. Für diese Erfahrung treten viele beruflich kürzer oder pausieren ganz und nehmen stattdessen Elterngeld und Elternteil in Anspruch.

Im ersten Lebensjahr des Neugeborenen können sich Eltern einen Teil ihrer Lebensgrundlage über das Elterngeld sichern. Wenn in der Elternteilzeit aber ein Monatseinkommen ganz ausbleibt, kalkulieren Familien ihr Budget neu und überlegen, wo sie Geld sparen können. So

passiert es, dass Mütter oder Väter beim Gewerkschaftsbeitrag das Sparen anfangen, indem sie austreten wollen.

Beitrag anpassen lassen. Geld spart, wer in der Elternteilzeit den Gewerkschaftsbeitrag anpassen lässt. Der Grund: In dieser Zeit zahlt man lediglich einen Festbeitrag von 1,53 Euro im Monat.

Beschäftigte müssen deshalb nur ihre IG Metall vor Ort kontaktieren und mitteilen, wann die Elternteilzeit beginnt und voraussichtlich enden wird. So behält man auch in der Elternteilzeit alle Leistungen für Mitglieder. Zum Bei-

✓ CHECKLISTE

Gut zu wissen

Wie lässt man seinen Beitrag ändern? Welche Leistungen stehen einem zu?

1. Den Beitrag anpassen lassen muss man über die zuständige IG Metall vor Ort. Die »Änderungsmittlung« bieten viele Verwaltungsstellen auch online an. Hier findet Ihr alle regionalen Webadressen:
► www.igmetall.de/vor-ort
2. Welche Leistungen gibt es für IG Metall-Mitglieder? Einfach virtuell berechnen:
► www.igmetall.de/leistungsrechner
3. Der Online-Rechner des BMFSFJ ermittelt die Elterngeldhöhe.
► www.bmfsfj.de/Elterngeldrechner

spiel die Freizeitunfallversicherung. Und auch die metallzeitung liegt weiterhin jeden Monat im Briefkasten.

Rechtsschutz bleibt. Zudem können sich Mütter oder Väter bei arbeits- oder sozialrechtlichen Problemen von den Experten der IG Metall-Verwaltungsstelle beraten lassen. Beispielsweise wenn der Chef Stress bei der Wiedereingliederung macht, weil er keine gleichwertige Stelle im Betrieb anbietet. Oder wenn es Ärger mit der Krankenkasse oder dem Elterngeld gibt. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Löhne unter Beschuss

DER ANDERE BLICK

Mit einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung will die Europäische Union mehr Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten nehmen. Das wäre eine gute Idee, ginge es darum, Unternehmenssteuern zu vereinheitlichen oder die Finanzmärkte zu kontrollieren. Doch daran denkt in Brüssel niemand. Druck soll vor allem auf Löhne gemacht werden.

Es hat lange gedauert, bis es der Bundesregierung aufgefallen ist: Euro-Stabilität setzt wirtschaftspolitische Absprachen in Europa voraus. Unter dem Stichwort »Europäische Wirtschaftsregierung« war das schon länger in der Debatte. Denn das EU-Projekt litt schon immer unter einem fehlenden koordinierten Vorgehen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die eklatanten ökonomischen Ungleichgewichte in Europa sind auch Einfallstor für Spekulanten gegen den Euro. Ihre Zockergewinne müssen nicht nur die Griechen, sondern auch die Menschen in Deutschland bezahlen.

Aus der Trickkiste. Wenn die Bundeskanzlerin und der französische Präsident Nicolas Sarkozy eine europäische Wirtschaftsregierung vorschlagen, geht es allerdings weniger um einheitliche Unternehmenssteuern, Investitionsziele oder die Stärkung der Binnenkaufkraft.

Vorschläge für ein reguliertes Finanzsystem landen in der Warteschleife. Mehr begeistert man sich für Aufgewärmtes aus der neoliberalen Trickkiste. Priorität haben in der Europäischen Union andere Projekte, etwa die Haushaltsdisziplin, am liebsten festgeschrieben in den Verfassungen als Schuldenbremse nach deutschem Muster. Weit oben stehen auch das Heraufsetzen des Rentenalters, ohne verbesserte Arbeitschancen für Ältere, die Verschlechterung des

Arbeitsschutzes und Vorgaben für die Tarifpolitik – wie der Verzicht auf vollen Inflationsausgleich. Merkel und Sarkozy nennen das »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit«.

Einige ihrer Amtskollegen haben sie – wenn auch weniger laut und deutlich – aus ihren Blühträumen aufgeweckt. Aber in EU-Europa ist es nicht üblich, dass die Großen auf Kleinere hören. Die Wahrheit ist: Die ohnehin schwache gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung in Deutschland als Folge des wachsenden Niedriglohnssektors und fortschreitender Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse haben die europäischen Probleme mitverursacht. Das ist kein Exportmodell. Eine rigide Sparpolitik nach deutschem Vorbild in ganz Europa und sinkende Einkommen würden die europäische Binnennachfrage auf Talfahrt schicken.

Mit Druck auf die Löhne wollen Europas Regierende den Euroraum wirtschaftlich stabilisieren.



Foto: pavlen/iStockphoto

Subtile Attacken. Lohnindexsysteme – also eine automatische Anpassung der Einkommen an die Inflation wie in Portugal, Belgien und Luxemburg – sollen nach diesen Plänen abgeschafft oder missachtet werden. Das Zementieren ungerechter Verteilungsverhältnisse in Deutschland und der Reallohnabbau in den Defizitländern, wie Griechenland, Portugal und Spanien, hätte mit europäischer Wirtschaftsregierung soviel zu tun wie Diebstahl mit Edelmetall.

Mancher fragt: Politisches Rumpfuschen in der Tarifpolitik, geht das in Deutschland überhaupt? Schließlich schützt das Grundgesetz die Tarifautonomie. Die Noch-Regierenden in unserem Land trauen sich deshalb auch keine offenen Breitseiten gegen die Tarifautonomie. Die Attacken gegen die autonomen Lohnfindungssysteme sind meist subtiler.

Da ist zum einen die fortgesetzte Verweigerung des gesetzlichen Mindestlohns. Dieses Schleusentor zum Anschwellen des Niedriglohnssektors steht immer noch offen. Zum anderen können Lohnersatzleistungen niedrig gehalten werden. Und schließlich droht, dass die Politik den Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Ausgleich für Preissteigerungen verweigert. Folge dieser Angriffe wären dann weitere Verluste beim Reallohn.

Vorwand genügt.

Schon seit Jahren sind die Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst nicht mehr mustergültig. In der Vergangenheit wurden dort den Beschäftigten Teilhabeansprüche mit Verweis auf eine angeblich nicht so üppige Situation der Privatwirtschaft verweigert. Auf mittlere Sicht könnte es nun genau anders herum laufen: Im öffentlichen Dienst

wird exekutiert, was auch in der Privatwirtschaft irgendwann zur Norm werden soll. Die Arbeitgeber sind erfahrungsgemäß für jeden Vorwand dankbar, um in den Tarifeinsetzungen den Beschäftigten höhere Löhne zu verweigern.

Müssen wir uns Sorgen machen, dass die Tarifpolitik zukünftig in Brüssel gemacht wird? In der Metallindustrie ganz sicher nicht. Hier wird Tarifpolitik immer noch durch Einsatz unserer IG Metall-Mitglieder in ihren

Zum Autor



Foto: Frank Rumpfenhorst

Martin Allespach, 49, leitet beim Vorstand der IG Metall den Bereich Grundsatzfragen. Außerdem ist er Privatdozent an der Universität Hamburg. Dort unterrichtet Allespach im Fachbereich Bildungswissenschaft/ Psychologie. Seine Schwerpunkte sind Gesellschaftspolitik und Arbeitswissenschaft.

Betrieben entschieden. Es bleibt dabei: Die Tarifforderung ergibt sich aus der Produktivitätsentwicklung, dem nationalen Inflationsausgleich und gegebenenfalls aus einer Umverteilungskomponente, und nicht aus der Summe des Unverständes der Regierungen der EU-Länder.

Europäische Wirtschaftsregierung? Ja, wenn es um besseres Arbeiten und Leben geht. Europäische Wirtschaftsregierung als neue Spielwiese für neoliberale Politiker, die nicht dazulernen wollen? Nicht mit uns! Wir wollen eine Politik in Europa, die Gerechtigkeit fördert und Spekulationen gegen den Euro den Boden entzieht. ■

Martin.Allespach@igmetall.de

DAS STICHWORT

NP Elektromobilität

Am 16. Mai hat die Nationale Plattform Elektromobilität (NPE) der Bundeskanzlerin einen Bericht übergeben. Darin macht sie Vorschläge, wie der Staat den Umstieg auf Elektrofahrzeuge unterstützen soll. Der Elektromobilität wird für die Zukunft eine große Bedeutung beigemessen.

Schon 2009 hatte sich die IG Metall für einen Branchenrat zur »Zukunft der Mobilität« eingesetzt, der die Bundesregierung beraten sollte. 2010 entstand dann die »Plattform«, in der Politiker, Wissenschaftler, Vertreter von Industrie und Gewerkschaften zusammenarbeiten. Berthold Huber gehört dem Leitungsgremium an.

Ehrgeizige Ziele. Die Akteure der »Plattform« wollen, dass die deutsche Wirtschaft bei der Forschung und Entwicklung der Elektromobilität eine führende Rolle spielt. Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern besteht zurzeit vor allem bei der Batterietechnik. Bis 2020, so das ehrgeizige Ziel, soll Deutschland

weltweiter »Technologieführer« sein. Der IG Metall geht es vor allem darum, die rund vier Millionen Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von der Autoindustrie abhängen, langfristig zu sichern. Die Elektroautos sollen nicht nur hier entwickelt, sondern auch weitgehend produziert werden.

Die Plattform hat sieben Arbeitsgruppen gebildet. In ihnen geht es zum Beispiel darum, die Antriebs- und Batterietechnologien branchenübergreifend voranzubringen. Weitere Themen sind: leichtere Werkstoffe, die das Gewicht der Batterien ausgleichen, flächendeckende Ladestationen und wissenschaftliche Ausbildung und Qualifikation der Beschäftigten. Die NPE sieht in der Elektromobilität bis 2020 ein Potenzial von 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr zum Thema unter:

▶ www.igmetall.de

→ Stichwort Elektromobilität

www.bmu.de

→ Luft Lärm Verkehr

Immer im Urlaub krank

ARBEIT UND GESUNDHEIT



Foto: panthermedia.net

Urlaub und krank: Bei manchen kommt der Stress jetzt raus.

Erster Urlaubstag und – zack – Halsschmerzen. »Typisch, immer werde ich im Urlaub krank«, denkt man. Dieses Phänomen nimmt zu, beobachten Experten und nennen es »Leisure Sickness«, also »Freizeit-Krankheit«. Es trifft besonders den Arbeitstyp »Viel zu tun plus hohes Verantwortungsgefühl«. Denn diese Menschen sind überdurchschnittlich pflichtbewusst und halten durch, solange sie können. Ihr Körper unterliegt der Durchhalte-Taktik des Kopfes. Sie sind auch grundsätzlich nicht gerne krank und zögern Arztbesuche hinaus. Alarmstufe rot: Wenn man Angst hat vor Urlaub, Wochenende oder Feiertagen, weil man ja dann »eh wieder krank wird«. ■



Martin Mackert (links) und Michael Meinecke halten sich auf dem Weg zur Arbeit fit.

Foto: Becker & Bredel

Radeln und sammeln

DA GEHT WAS Mal wieder keine Zeit für Sport gehabt? Dabei lässt sich doch der Arbeitsweg ganz leicht zum Fitnessprogramm machen, etwa auf dem Rad. Schön, wenn das auch noch belohnt wird, wie bei der Firma Festo.

Zur Arbeit muss Martin Mackert sowieso fahren. Warum den Weg nicht nutzen und etwas für die Gesundheit tun? Wenn im Frühjahr die Sonne den Asphalt wärmt, holt der 49-Jährige sein Rad aus dem Keller und strampelt die kurze Strecke zur Arbeit. Morgens tankt er frische Luft auf dem Weg. Abends tritt er meist kräftig in die Pedale. »Da will ich schnell nach Hause«, erklärt der gelernte Industriemeister.

20 in die Lostrommel. Seit ein paar Jahren hat Martin Mackert eine kleine Karte dabei. Wenn er mit dem Rad im Betrieb ankommt, lässt er sie an der Pforte abstempeln. 20 Stempel passen

auf die Karte. Volle Karten kommen in eine Lostrommel, aus der am Ende der Radsaison der Betriebsrat zehn Gewinner zieht. Als Preise gibt es Warengutscheine zwischen 50 und 200 Euro.

Martin Mackert arbeitet bei der Firma Festo im saarländischen Rohrbach. Hier werden fleißige Radfahrer seit 2003 am Ende je-

den Sommers belohnt. Wer 20mal mit dem Rad zur Arbeit fährt, nimmt an der Verlosung teil. Die Idee übernahm Michael Meinecke, Betriebsratsvorsitzender bei Festo in Rohrbach, von den Kollegen aus der Zentrale in Berkheim. Dort gibt es die Fahrradkarten schon länger. »Wir wollten unsere Kolleginnen und Kollegen mo-

ktivieren, mit dem Rad statt mit dem Auto zur Arbeit zu fahren.« Das ist gut für die Gesundheit und schont die Umwelt.

Gesundheit ist für den Betriebsrat immer ein wichtiges Thema. Wer Spaß an Sport und Bewegung hat, dem bietet Festo eine Menge. Es gibt Gruppen, die laufen, Rad fahren und Fußball spielen. Einen Fitnessraum und eine Rückenschule. Der Betriebsrat schloss eine Betriebsvereinbarung zur Gesundheitsförderung ab. Dazu gehört ein Budget, aus dem auch die Preise für fleißige Radfahrer bezahlt werden.

Noch nix gewonnen. Am Anfang der Aktion stieg die Zahl der Radler deutlich an. Inzwischen hat es sich etwas eingependelt. Aber um die 100 Karten sind am Ende des Sommers immer in der Lostrommel. Für Martin Mackert brauchte es die Verlosung nicht. Er treibt sowieso gerne Sport. Dennoch sammelt er fleißig Stempel. Nur gewonnen hat er noch nichts. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

+ TIPP

Radeln lohnt sich

Preise gibt es auch für Radfahrer, die nicht bei Festo arbeiten. Wer zwischen dem 1. Juni und dem 31. August an mindestens 20 Tagen zur Arbeit radelt, kann bei der Aktion »Mit dem Rad zur Arbeit« des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) und der AOK mitmachen (siehe rechts).

Am 1. Juni startet bei Festo zusätzlich die Aktion von ADFC und AOK »Mit dem Rad zur Arbeit«. Wie Radfahrer teilnehmen können und was es zu gewinnen gibt: www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de

Viel Zucker macht müde

TIPP FÜR DEN JOB

Das Gehirn braucht Zucker. Ohne geht sonst nichts. Also ordentlich Schoko reinschieben, damit man maximalen Hirnschmalz produziert? Nein. Auf die Dosierung kommt es an.

Die Leber von Herrn Lohmann ist im Stress. Denn Herr Lohmann hat sich in der Kantine für Linsen und Spätzle entschieden. Auf seinem Tablett wackelt noch ein Pudding, und der Schokoriegel ist dann noch für danach. Wohin mit den ganzen Kohlenhydraten und dem vielen Zucker?, stöhnt die Leber. Sie muss das Problem lösen.

Blutzucker in Balance. Die Leber hat nämlich die Anweisung von ihrem Chef – dem Gehirn – den Blutzucker möglichst immer gleich zu halten. Der Chef braucht den Zucker, um gut arbeiten zu können. Nicht zuviel und nicht zuwenig bitte! Weil sowohl Kohlenhydrate als auch alle Zuckerarten letztendlich im Darm zu Glucose werden und die wieder-



um ins Blut wandert, lässt die Leber von der Bauchspeicheldrüse regelmäßig den Glucosespiegel (Blutzucker) messen. Bei sehr viel Glucose, also wie heute bei Herrn Lohmann, schüttet die Bauchspeicheldrüse Insulin aus. Daran erkennt die Leber, dass sie Glucose aus dem Blut nehmen soll. Sie kann es speichern und auch veranlassen, dass es in Fett umgebaut wird. Insulin sorgt also dafür, dass Zucker aus dem Blut raus und in die Körperzellen rein geschleust wird. Bei Herrn Lohmann ist daher der Blutzucker sehr niedrig, das Gehirn wird ganz müde.

Kohlenhydrate und Zucker sind also die Energielieferanten fürs Gehirn. Zuviel davon auf einmal führt aber zu Leistungsmin- derung und Müdigkeit. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

WISSEN

Eine Stunde bis normal
Essen worauf man Lust hat ist völlig okay. Aber ein Zucker-Übermaß oder die Kombination mit reichlich Kohlenhydraten beschäftigt den Körper mindestens eine Stunde, den Zuckerspiegel wieder zu normalisieren.

IN KÜRZE

Kranke Krankenkassen

Versicherte der Pleite gegangenen City BKK, vor allem die älteren Jahrgänge, werden von anderen Krankenkassen abgewimmelt, obwohl sie laut Gesetz das Recht auf Aufnahme bei jeder Krankenkasse haben. Davon Betroffene sollten sich beschweren, zum Beispiel bei der unabhängigen Patientenberatung, kostenfrei aus dem Festnetz: 0800 – 0 11 77 22.

UV-Strahlung sehr hoch

Das Bundesamt für Strahlenschutz ermittelt permanent die UV-Strahlung. Diese war im April und Mai deutlich höher als normalerweise um diese Zeit. Das heißt: Wer draußen arbeitet, sollte Sonnencreme und Sonnenbrille nicht vergessen. Und wer wenig oder kein Haar auf dem Kopf hat, braucht eine Kopfbedeckung. Auf der Internetseite des Strahlenschutzamts steht immer die aktuelle UV-Strahlen-Prognose für die nächsten drei Tage:

► www.bfs.de
→ Suche: UVI Prognose

Ratgeber für Pflegende

Wenn Beschäftigte Angehörige pflegen, verkürzen viele ihre Arbeitszeit oder geben den Beruf auf. Deshalb zahlt die Kasse eines Pflegebedürftigen auf Antrag Beiträge auf das Rentenkonto der Pflegeperson. Die Broschüre »Rente für Pflegepersonen: Ihr Einsatz lohnt sich« beschreibt, unter welchen Voraussetzungen man weiter rentenversichert ist und wie sich die Rente berechnet.

► www.driv-bund.de
→ Formulare und Publikationen
→ Broschüren

Anzeige

Betriebliche Altersvorsorge
Gemeinsam
MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

Berufsunfähigkeitsvorsorge
besser
MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

Zukunft. Aber sicher.
vorsorgen.
MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

VEREINBARKEIT FAMILIE UND BERUF

Junge Männer und Frauen sind nicht mit ihrem Job verheiratet. Sie wollen Zeit für Beruf und Familie haben. Vereinbarkeit heißt das Zauberwort. Auch Arbeitgeber und Politiker haben das Thema entdeckt. Doch konkret unterstützen sie die neuen Lebensmodelle der jungen Familien viel zu wenig. Beschäftigte und Betriebsräte nehmen deshalb das Heft in die Hand und sorgen für Betriebsvereinbarungen, die Beruf und Leben miteinander vereinbaren.

Wunsch und Zeit für Beru



VON SUSANNE ROHMUND

Simone Wolter ist Schlosserin und alleinerziehend. Die 34-Jährige hat einen 8-jährigen Sohn und arbeitet Teilzeit bei John Deere in Zweibrücken. »Ich will möglichst viel Zeit mit meinem Kind verbringen, aber ich will auch Geld verdienen«, erklärt die Saarländerin. 25 Stunden pro Woche arbeitet sie. Ihre Frühschicht beginnt morgens um sechs Uhr. »Wenn ich meine Mutter nicht hätte, wüsste ich nicht, wo ich mein Kind um die Uhrzeit hinbringen soll«, sagt Simone Wolter. »Mein Betreuungssystem greift wie Zahnräder ineinander.«

Bei Familie Helmerichs passt Papa Thomas auf die beiden Kinder, den Hund und die zwei Katzen auf. Er schmeißt den Haushalt. Seine Frau Franka, Betriebsratsvorsitzende bei den Norddeutschen Seekabelwerken, ernährt

die Familie. Als der Sohn vor dreizehn Jahren kam, blieb erst sie ein Jahr zu Hause, dann ihr Mann. Als vor drei Jahren die Tochter geboren wurde, gab es dank Elterngeld für alle zwölf Monate Familienleben pur. »Quality-Time« nennt sich das neudeutsch. Zeit, die keiner missen möchte. Zeit, die alle genossen haben.

Auch für Martina Schmitt und ihren Mann Andreas ist Vereinbarkeit eine Selbstverständlichkeit. Beide arbeiten Vollzeit in Berlin. Ihr Alltag ist durchorganisiert. Die 26-jährige bringt den kleinen Sohn Karl morgens in die Kita. Andreas holt ihn nachmittags ab. Meistens läuft alles im Takt. Aber es gibt auch kleine und große Katastrophen. Wenn die Kita geschlossen ist, Karl krank wird oder ein Chef noch um 18 Uhr eine Sitzung machen will. »Dann drehen wir alle am Rad«, sagt Andreas Schmitt.

Kein Zustand für die IG Metall. Mit ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit sind Familien wie die Wolters, Schmitts und Helmerichs leider meistens auf sich selbst gestellt. Bei Politikern und Arbeitgebern finden sie nur wenig Unterstützung. Dabei wollen immer mehr Beschäftigte Beruf und Familie unter einen Hut bringen. Doch aktuell steht eher die Sonder-schicht als ein gemeinsamer Zoobesuch auf dem Familienplaner.

Der Grund: Vorgesetzte zeigen häufig zu wenig Verständnis. In den meisten Städten gibt es immer noch zu wenig Kindergartenplätze für die ganz Kleinen. Ganztagsbetreuung in Schulen bleibt die Ausnahme. Teilzeit ist für viele eine Lohn- und Karrierebremse. Und Auszeiten, um die kranken Eltern zu pflegen, können sich die meisten Angehörigen gar nicht leisten.

Fortsetzung auf Seite 20 ►►

Fotos: Corbis RF/Frontline, Ursula D./panthermedia.net, Juice Images/PhotoLibrary, Image Source/Frontline, Blend Images RM/PhotoLibrary, Cultura/PhotoLibrary, Imagebroker.net/PhotoLibrary, Erickson/panpicture

Wirklichkeit – f und Leben



INTERVIEW

»Mehr Verständnis für Vereinbarkeit«

Vereinbarkeit wird auch für die Arbeitgeber immer wichtiger, sagt Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbands der Metall- und Elektroindustrie, Gesamtmetall. Mehr Gesetze lehnt er strikt ab. Tarifliche Regeln und deren Entwicklung hingegen hält er für sinnvoll.



Foto: Kartheinz Schindler/Picture-Alliance

Martin Kannegiesser ist Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall.

Wieviel Zeit verbringen Sie mit Ihrer Familie?

Martin Kannegiesser: (lacht) Zu wenig. Als meine Tochter klein war, habe ich es leider versäumt, mehr Zeit mit ihr zu verbringen. Das würde ich heute anders machen. Heute habe ich auch mehr Verständnis für Mitarbeiter, denen auch Familienzeit wichtig ist.

Seit 2001 predigen Sie den Unternehmern der Metall- und Elektroindustrie, sich stärker um die Vereinbarkeit zu kümmern. Hat sich was bewegt?

Kannegiesser: Ja. Viele Unternehmer sind offener geworden für flexible, individuelle Arbeitszeitregeln.

Das sind schöne Worte, aber was tun, wenn der Vorgesetzte blockiert beim Thema Vereinbarkeit?

Kannegiesser: Wir brauchen auf keinen Fall mehr Gesetze. Es gibt das Recht auf Teilzeit. Und wir haben die Arbeitszeiten wie beispielsweise Langzeitkonten über unsere Tarifverträge geregelt. Alles andere sollten Betriebsräte und Unternehmer passgenau über Betriebsvereinbarungen verhandeln. Allerdings ist Vereinbarkeit trotz mancher erleichternder Rahmenbedingungen keine Frei-Haus-Lieferung: In erster Linie müssen die Familien selbst den Willen und die Fähigkeit zur Vereinbarkeit mitbringen.

Können Sie sich vorstellen, in Tarifverträgen mehr zum Thema Vereinbarkeit zu regeln?

Kannegiesser: Wir, Gesamtmetall und die IG Metall, werden sicherlich über das Thema familienfreundliche und auch demografiegerechte Arbeitszeiten

sprechen müssen. Es muss möglich sein kürzer, aber auch länger zu arbeiten. Wenn zum Beispiel ein junger Familienvater ein Haus bauen will, dann braucht er mehr Geld und ist bereit länger zu arbeiten. Unsere demografische Entwicklung im Umfeld der modernen Weltwirtschaft braucht ein größeres qualifiziertes Arbeitsvolumen und solches Potenzial lässt sich nur durch familienfreundliche Angebote erschließen.

Das heißt, Sie lehnen den Vorschlag von Familienministerin Schröder ab, mehr 30-Stunden-Jobs anzubieten?

Kannegiesser: Anspruch auf Teilzeit gibt es doch schon. Aber was nutzt ein 30-Stunden-Job, wenn die städtische Kita nur 20 Stunden aufhat? Hier darf die Politik gerne die eigenen Hausaufgaben erledigen. Genau deshalb müssen wir uns ja darüber unterhalten.

Der Wirtschaftsboom sorgt für Überstunden und Sonderschichten. Das bringt die Betreuungskonzepte junger Familien aus dem Gleichgewicht.

Kannegiesser: So ist das Leben. Wir werden uns damit abfinden müssen, dass die Metall- und Elektroindustrie ein immer stärkeres zyklisches Geschäft ist und Arbeitszeitschwankungen normal werden. Genau deshalb müssen wir uns ja darüber unterhalten.

Was ist Ihr Appell an die Unternehmen Ihres Verbands?

Kannegiesser: Die Betriebe sollten beim Thema Vereinbarkeit gute Beispiele vorleben. Und IG Metall und Gesamtmetall sollten Empfehlungen geben, wie sich Vereinbarkeit besser umsetzen lässt. Betriebliche Notwendigkeiten und familiäre Erfordernisse sind zwei Seiten derselben Medaille. ■

Eine lange Version des Interviews:

► www.igmetall.de

Fortsetzung von Seite 19 ►►►

Dabei werden sich Politik und Wirtschaft künftig stärker als bisher an vernünftigen Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit beteiligen. Um Facharbeiter im Betrieb zu halten oder gutausgebildete Frauen in den Job zurückzuholen müssen Arbeitgeber und Politiker was tun, sind Wissenschaftler wie der Jurist Christian Paschke von der Universität Frankfurt/Oder überzeugt. Doch selbst Vordenker beim Thema Vereinbarkeit wie Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser scheuen verbindliche Regelungen (siehe Interview). Die meisten Arbeitgeber wollen selbst bestimmen, was sie Familien bieten, statt es sich vom Gesetzgeber vorschreiben zu lassen.

Politik muss sich ändern. Für die IG Metall ist ganz klar: Wirtschaft und Politik könnten mehr für die Vereinbarkeit tun. »Es ist höchste Zeit, dass die Politik die Rahmenbedingungen weiter verbessert«, fordert der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. Zum Beispiel bei der Betreuung. Zwar soll es ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle Kinder über einem Jahr geben. »Denn zurzeit werden nur 20 Prozent der unter 3-Jährigen außerhalb der Familie betreut«, kritisiert Wetzel. Aber auch die IG Metall muss das Thema stärker in ihre Arbeit aufnehmen und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben in Tarifverträgen regeln. Wetzel: »Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die sich an den Interessen und Bedürfnissen von Männern und Frauen orientieren. Arbeitszeitflexibilität darf keine Einbahnstraße sein.« Und: Die IG Metall fordert eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit.

Fotos: Corbis RF/Frontline, Cultura Images/Frontline, Bill Stevenson/Photolibary, Ben Welsh/AGE/Frontline, co-operation/plainpicture



Welchen Stellenwert Vereinbarkeit bereits hat, macht eine Umfrage der Hertie-Stiftung deutlich, die auch Studien der IG Metall bestätigen: Für 54 Prozent der jungen Berufstätigen mit Kindern ist Vereinbarkeit genauso wichtig wie das Gehalt. 67 Prozent würden den Arbeitgeber wechseln, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu optimieren. Und 94 Prozent sind zufriedener, wenn sie beides miteinander verbinden können.

Dass zufriedene Beschäftigte motivierter, produktiver und auch loyaler sind, hat die Herforder Bekleidungsfirma Bugatti begriffen. Dort gibt es für die rund 350 Beschäftigten 300 individuelle Arbeitszeitregeln, die Vereinbarkeit garantieren, freut sich Betriebsratsvorsitzende Beate Ueckert. Aber: »Von nichts kommt nichts«, erklärt sie, die gemeinsam mit den Bugatti-Beschäftigten solange Druck gemacht hat, bis die Rahmenbedingungen stimmten.

Gleit- und Langzeitkonten aber vor allem auch Verbindlichkeit bei der Planung stehen auf der Wunschliste der Beschäftigten ganz oben, beobachten Betriebsräte. Ein weiteres Thema: Wie stocke ich meine Teilzeit wieder auf? Denn gerade Frauen in Teilzeit würden gerne länger arbeiten, fand das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung heraus. »Ein zeitnaher Wechsel von Voll- in Teilzeit und umgekehrt muss möglich sein«, fordert Wetzell. Und noch etwas muss sich ändern: Teilzeiter sind häufig benachteiligt, wenn es um Sonderzahlung, Gehaltserhöhung oder Weiterbildung geht.

Vereinbarkeit ist übrigens nicht nur ein Frauenthema. Während Teilzeit-Mütter eher länger arbeiten wollen, wollen die Papas kürzertreten. Eine Umfrage der IG Metall im Bezirk Berlin, Brandenburg und Sachsen ergab, dass gerade die Männer kürzer arbeiten möchten.

Boom ist schlecht für Vereinbarkeit. Doch statt kürzerer Arbeitszeit gibt es derzeit zu viele Überstunden und Sonderschichten.

**ARBEIT:
SICHER UND FAIR!** **Zukunft und
Perspektiven**
für die junge Generation

Mit Sicherheit nach vorne schauen

Mit ihrer aktuellen Kampagne setzt sich die IG Metall für die junge Generation ein. Ein wichtiges Thema: Vereinbarkeit von Beruf und Leben. Deshalb fordert die IG Metall von Arbeitgebern und Politik bessere Bedingungen. Mehr: www.jungeneration.de

Zum Beispiel bei VW Nutzfahrzeuge in Hannover. »Die Grenze der Belastbarkeit für die Beschäftigten und deren Familien ist erreicht«, erklärt Thomas Zwiebler, der Betriebsratsvorsitzende. Seit Mitte letzten Jahres sind die Auftragsbücher so voll, dass das Unternehmen samstags Sonderschichten fährt. Jetzt will der Betriebsrat mit dem Arbeitgeber über Lösungen verhandeln, wie trotz Steigerung der Produktion die Belastung reduziert werden kann.

Zusätzliche Schichten belasten auch bei der Firma Probat, einem Maschinen- und Anlagenbauer für die Kaffeeverarbeitung in Emmerich, die Familien, beobachtet Betriebsratsvorsitzender

Gerhard Gertsen. »Alles was vom Alltag abweicht, ist ein Problem«, sagt er. Ist das Jammern auf hohem Niveau? Schließlich sollten doch jetzt nach der Krise alle wieder froh sein, dass es aufwärts geht. »Sind die Beschäftigten ja auch«, betont der Betriebsrat. Aber gerade junge Familien haben Probleme, den durchgetakteten familiären Alltag zu meistern. Zum Beispiel die Schlosserin Simone Wolter aus dem Saarland: Weil die Wirtschaft wieder boomt, muss sie viele Überstunden leisten. Manchmal bis zu 15 Stunden die Woche. Zum Glück kann ihr Sohn nachmittags in der Schule bleiben oder die Oma springt ein. Doch wer keine Ganztagschule oder Oma hat, hat derzeit automatisch ein Betreuungsproblem.

Der Druck auf die Familien steigt und das schlägt sich auch auf die Produktivität nieder, weiß Gertsen. »Wir versuchen zwar für die Mitarbeiter gute, individuelle Lösungen zu finden und gehen, wenn die Mutter gepflegt werden muss, gemeinsam mit den Kollegen bis zur Geschäftsleitung«, sagt Gertsen. Seiner Meinung nach müssten aber vor allem die direkten Vorgesetzten wie Meister oder Gruppenleiter mehr Flexibilität und Verständnis für die jungen Familien zeigen. ■

Erfolgreiche Beispiele und was Beschäftigte, Betriebsräte und die IG Metall sonst noch tun in Sachen Vereinbarkeit unter:

▶ www.igmetall.de

→ Gutes Leben

Auch Chancengleichheit ist ein Weg zur besseren Vereinbarkeit:

▶ www.netzwerk-chancengleichheit.de





Einzelzimmer
ohne Aufpreis

Erholung in der traumhaften Bergwelt

4-tägige Reise
ab € 199,- p. P.

3% Rabatt für IGM-Mitglieder und deren Mitreisende

Ihr 4-Sterne Kur- und Sporthotel Palace

Berge, Sonne & Komfort

Der Kurort Bad Hofgastein liegt inmitten des weltberühmten Gasteiner-tales. Entdecken Sie die traumhafte Bergwelt und die ausgezeichneten Kur-, Wellness- oder Beautyleistungen sowie den einzigartigen Gasteiner Radon-Heilstollen.

Ihr 4-Sterne Kur- und Sporthotel Palace

Ihr Hotel liegt inmitten eines großen Hotelparks und dennoch zentral (ca. 200 m bis zum Ortszentrum). Zur Hotelanlage gehören Schönheitssalon, Tennis-halle mit zwei Velours-Plätzen, zwei Restaurants, Wiener Café, Hotelhalle mit offenem Kamin und Bar, Tanzbar mit Livemusik und Shows.

Die komfortablen Zimmer sind ausgestattet mit Bad oder Dusche/WC, Balkon, Radio, TV, Haartrockner, Safe und Telefon.

Die **Vollpension** bietet Ihnen ein sehr reichhaltiges Frühstücksbuffet (7 - 10.30 Uhr), von 11 - 12 Uhr täglich ein kalt-warmes Brunchbuffet inkl. Softdrinks zum Essen und abends ein abwechslungsreiches, internationales Buffet inklusive Tischgetränke (Bier, Hauswein, Wasser und Softdrinks) nach Belieben.

Erleben Sie vollkommene Entspannung im **Wellness- und Kurbereich**. Dieser bietet Thermal-Hallenbad mit Hot-Whirlpool, großzügige Wellnessoase mit Sauna, Dampfbad, Kräutersauna, Ruheoase, Kneipp Rondell, Infrarotkabine, Wärmeliegen, Solegrotte und Solarien. Nach Beratung beim hoteleigenen Arzt stehen Ihnen alle medizinischen Einrichtungen (z. T. gegen Gebühr) zur Verfügung.

In der Thermalkurabteilung werden verschiedene Anwendungen, im Vitalbereich Gruppengymnastik und Aqua-Fitness und im modernen Massagecenter verschiedene Massagen angeboten. Für Beauty-Fans steht die modern ausgestat-tete Kosmetikabteilung zur Verfügung.

(Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilweise gegen Gebühr.)

Termine und Preise pro Person im Doppel-/Einzelzimmer in € im 4-Sterne Kur- und Sporthotel Palace

Anreise: täglich	4 Tage/ 3 Nächte	5 Tage/ 4 Nächte	8 Tage/ 7 Nächte
A 24.09. – 17.12.11	199,-	269,-	459,-
B 01.06. – 24.06.11	229,-	299,-	519,-
C 25.06. – 23.09.11	259,-	349,-	559,-

Kennziffer: 55571 Buchungscod: A56A01A

Verlängerung: Der erste Tag der Verlängerung bestimmt wie ein neuer Anreisetag den Preis. Der Preis der Verlängerungswoche reduziert sich um je 25,- € pro Person. **Zusätzliche Kosten (vor Ort zahlbar):** Kurtaxe von ca. 2,- € pro Person/Tag. **Kinderermäßigung:** auf Anfrage.

- Inkl. Vollpension mit Tischgetränken
- Freie Nutzung von Saunabereich, Solegrotte und Thermalhallenbad

Inklusivleistungen pro Person

- Übernachtungen im 4-Sterne Kur- und Sporthotel Palace im Komfort-Doppel- oder Einzelzimmer
- Täglich Frühstücksbuffet (von 7 - 10.30 Uhr)
- Täglich kalt-warmes Brunchbuffet (von 11 - 12 Uhr) inklusive Softdrinks zum Essen
- Täglich internationales Abendbuffet inklusive Tischgetränke (Bier, Wein, Softdrinks)
- Nutzung des Panorama-Thermalhallenbades
- Nutzung von Sauna und Dampfbad
- Nutzung des neuen Fitnessraumes
- Nutzung der Solegrotte (Mo. - Sa.)
- Aqua-Fitness und Trockengymnastik (Mo. - Sa.)
- 1 x pro Woche geführte Wanderung (witterungsabhängig)
- Mehrmals wöchentlich Live-Musik in der Hotelbar
- Parkplatz nach Verfügbarkeit
- Reisepreis-Sicherungsschein

Wunschleistungen pro Person

- Zuschlag Doppelzimmer zur Alleinnutzung 21,- €/Tag
- **Wellnesspaket: Well-Fit-Paket 75,- €**
- 3 x Teilkörpermassage (je ca. 20 Min.),
1 x Thermalwannenbad
- **Wellnesspaket: Kur-Programm 115,- €**
- 1 x ärztliches Eingangsgespräch, 5 x individuelle
Teilanwendungen gemäß ärztl. Verordnung
- **Wellnesspaket: Relax Total 115,- €**
- Beratung, 1 Kräutertee, Körperpeeling, Kuschel-
packung, Entspannungsbad nach Wahl, Gesichts-
behandlung (ca. 180 Min. Gesamtdauer)



JUBILÄUM

50 JAHRE AMNESTY INTERNATIONAL



Wenige Tage vor ihrem 50. Geburtstag überrascht die Menschenrechtsorganisation Amnesty International mit hoffnungsvollen Bemerkungen: »Das Jahr 2010 wird möglicherweise als ein Jahr der Zeitenwende in die Geschichte der Menschenrechte eingehen.« Das schrieb Amnesty-Generalsekretär Salil Shetty im jüngsten Jahresbericht. »Menschenrechtsverteidiger und Journalisten bedienen sich zunehmend neuer Technologien, um die Mächtigen mit der Wahrheit zu konfrontieren und auf diese Weise auf eine stärkere Einhaltung der Menschenrechte zu dringen.«

Kein Grund zum Jubeln. Der Rest des Berichts? Traurig. In 89 Staaten wird das Recht auf freie Meinung eingeschränkt, in 48 Ländern sind Menschen nur wegen ihrer politischen Überzeugungen in Haft. In 98 Ländern gibt es Folter und andere Miss-handlungen.

Und Menschen, die sich für Gewerkschaftsrechte einsetzen, leben gefährlich. In insgesamt 140 Ländern werden Gewerkschafter verfolgt. Deshalb hat Amnesty die Gruppe »Gewerkschaften« gegründet. Diese Gruppe nutzt vor allem ein elektronisches Netzwerk. Außerdem schicken sie Eilbriefe an Verantwortliche oder bringen Online-Petitionen ein.

Auch die IG Metall unterstützt Amnesty. Zum Beispiel durch Spendensammlungen oder indem sie die Ortsgruppen von Amnesty unterstützen. ■

- www.amnesty-gewerkschaft.de
- www.igmetall.de/amnesty

Ein Azubi für alle Fälle – zu 200 Euro

ZU BESUCH BEIM BILLIG-MANN

Im Schlafsack auf der Baustelle, allein mit Aushilfen und Schrott-Werkzeug. Und das für 200 Euro im Monat. So sah seine Ausbildung zum Anlagenmechaniker Sanitär-Heizung-Klima aus. Jetzt klagt der Azubi mit Hilfe der IG Metall.

Nennen wir ihn Stefan Rohr. Sein echter Name muss geheim bleiben, wegen laufender Gerichtsverfahren. 200 Euro im Monat hat ihm sein Ausbildungsbetrieb, ein Heizungsbauer in Sachsen gezahlt. Gelernt hat er dort fast nichts. Wann auch? Er war ja immer auf der Baustelle, oft ohne Gesellen – ohne Meister sowieso – nur mit ein paar Aushilfen, für die er auch noch verantwortlich war. Oft ohne Material und mit kaputtem Werkzeug. »Ein Kunde hat mich ernsthaft gefragt, ob wir das Zeug vom Schrott haben«, erzählt Rohr. Arbeitsschutz? Kein Wort darüber. Und wenn es ein paar Tage weiter weg ging, durfte Rohr auch mal im Schlafsack auf dem Bau übernachten.

Die 200 Euro hat der Familienvater anfangs noch mitgemacht. Für die Ausbildung bekam er ja noch Überbrückungsgeld von seinem alten Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Doch da er nichts gelernt hatte, flog er durch die praktische Prüfung. Rohr stand vor dem Nichts. Das Überbrückungsgeld lief aus. Und der Chef wollte ihn rauswerfen. Mit gut zureden und mithilfe eines Anwalts bekam Stefan Rohr seine Verlängerung.



Foto: Thomas Plichta

Stefan Rohr, Ex-Azubi bei einem Heizungsbauer: »Für den war ich einfach nur eine extrem billige Arbeitskraft.«

Doch mehr als 200 Euro wollte der Chef nicht zahlen. »Aber ich wollte meine Berufsausbildung unbedingt schaffen.«

Wenige Wochen vor der Prüfung war der Tank endgültig leer. Rohr ging. »Ich sagte: Chef, ich hab' kein Geld mehr für den Sprit, um zur Arbeit kommen. Er hat mich nur verständnislos angeschaut.«

Zum Glück ließ ihn die Handwerkskammer dennoch zur Prüfung zu. Diesmal hat er bestanden.

Dumping und Betrug. So richtig stutzig wurde Rohr dann beim Gespräch bei der Krankenkasse: Dort kam heraus: Der Chef hatte ihn gar nicht als Azubi angemeldet – sondern als Minijobber. Rohr

ging zur IG Metall. Die legte sofort Klage ein. Demnächst muss der Chef wohl richtig satt Lohn und Sozialversicherung nachzahlen.

Inzwischen hat Rohr eine neue Arbeit in der Autoindustrie. Erst mal nur Leiharbeit. Aber nach IG Metall-Tarif, mit fester Arbeitszeit, Urlaub – und für echtes Geld. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Besuch aus dem Ozean

DAS PRODUKT

Wer im Sommer im Büro sitzen muss, kann sich ein bisschen Meer auf den Schreibtisch holen.

Was haben ein Hai, ein Seestern und eine Krake gemeinsam? Richtig: Sie wohnen im Meer. Außerdem sind sie aber auch auf einer neuen Textmarker-Serie von Stabilo zu finden, stammen also aus Metaller-Händen. Die »Ocean Friends« im Mini-Format sind auch was für junggebliebene Erwachsene. Was die Firma Stabilo



Textmarker für die Sommer-Saison: Meerestiere für den Schreibtisch

Foto: Stabilo International GmbH

außerdem gut macht, sind die Umwelt-Informationen. Auf ihrer Internetseite steht drauf, was so drin ist in den Stiften. Und wo das Holz für die Buntstifte herkommt. Wer eines von 10 Textmarker-Paketten gewinnen möchte, sendet bis zum 16. Juni eine E-Mail an metallzeitung@igmetall.de mit dem Betreff »Ozeanfreunde«. ■

Wir brauchen europäische Strukturen

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Im Zuge einer Restrukturierung sollen beim Alstom-Konzern europaweit 5000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Wie arbeitet dabei der Euro-Betriebsrat?



Udo Belz ist Vorsitzender des Euro-Betriebsrats von Alstom.

Was unternimmt der Europäische Betriebsrat gegen die Pläne, massiv Stellen bei Alstom zu streichen?

Udo Belz: Wir haben eine Vereinbarung mit der Geschäftsführung geschlossen. Angeregt hat das der Europäische Betriebsrat (EBR), ausgehandelt der EMB, der Europäische Metallgewerkschaftsbund. Darin verpflichtet sich Alstom, betriebsbedingte Kündigungen möglichst zu vermeiden. Vor dem Abbau von Arbeitsplätzen müssen Möglichkeiten der Kurzarbeit, Vorruhestandsregelungen, Qualifizierung und ein Lastenausgleich zwischen den Standorten geprüft werden.

Einige Standorte sind nicht betroffen, andere profitieren von Arbeitsverlagerungen. Sind sie auch solidarisch?

Belz: Nicht alle Länder und alle Standorte sind gleichermaßen betroffen und Solidarität ist kein Selbstläufer. Als EBR müssen wir aufpassen, dass nicht einzelne Standorte Vereinbarungen zu Lasten anderer Standorte treffen.

Wir müssen ständig Überzeugungsarbeit leisten, damit alle im Boot bleiben. Im Fall Alstom gelingt uns das auch einigermaßen.

Was konnte der EBR bisher erreichen?

Belz: Alstom hat für verschiedene Standorte Expertisen erstellen lassen. Davon musste die Geschäftsleitung in Frankreich erst überzeugt werden. Dabei werden die Rahmenbedingungen vor Ort untersucht und Vorschläge gemacht, wie der Personalabbau im jeweiligen Werk gering gehalten werden kann. Als EBR haben wir dann auch Einfluss darauf, ob und wie Vorschläge umgesetzt werden.

Europäische Betriebsratsarbeit – Wie funktioniert das?

Belz: In Krisenzeiten wie jetzt gibt es sehr oft Sitzungen. In den letzten sechs Monaten dürften es so um die 30 Meetings gewesen sein. Die finden dann meist in Paris statt, wo die Konzernzentrale ihren Sitz hat. ■

Elisabeth.Akkari@igmetall.de

Am 9. und 10. Juni findet in Duisburg der 4. EMB-Kongress statt. Das Motto

»Investitionen – Gerechtigkeit – Solidarität jetzt!« steht für die Zukunft der Metallindustrien in Europa. Weiteres Thema ist die Gründung einer neuen europäischen Gewerkschaftsföderation der verarbeitenden Industrie. Zur Wahl des EMB-Generalsekretärs stellt sich Metaller Ulrich Eckelmann.



Bin ich Deutscher oder was?

GUTER RAT

Seit dem Jahr 2000 sind in Deutschland geborene Kinder von Ausländern Deutsche. Doch die Staatsangehörigkeit ist nur befristet. Mit 18 muss man sich entscheiden.

Die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder hatte seinerzeit eigentlich geplant, das Staatsbürgerschaftsrecht grundlegend zu modernisieren: Wer in Deutschland geboren ist, sollte künftig auch Deutscher sein. Dazu führte Rot-Grün die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Doch dann verlor die Schröder-Regierung die Mehrheit im Bundesrat. So kam es zu dem Kompromiss, dass für die als Deutsche geborenen Migrantenkinder die sogenannte Optionspflicht eingeführt wurde.

Was ist die Optionspflicht?

Während die deutsche Staatsangehörigkeit die meisten Menschen ein Leben lang begleitet, unterliegen Kinder von hier lebenden Ausländern der Optionspflicht. Das bedeutet, sie müssen sich für die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit der Eltern entscheiden, wenn sie 18 Jahre alt geworden sind.

Für wen gilt das?

Alle Kinder ausländischer Eltern, die ab dem Jahr 2000 geboren



Und was heißt
Respekt in Deiner
Sprache?

Illustration: Gerald Moll

wurden, zum Beispiel Kinder griechischer Eltern, sind Optionskinder. Voraussetzung dafür ist, dass sich mindestens ein Elternteil ununterbrochen rechtmäßig in Deutschland aufhält. Auf Antrag konnten bis Ende 2000 auch die ab 1990 geborenen Kinder in die Optionsregelung aufgenommen werden. Diese Kinder sind demnach seit dem Jahr 2008 bis zum Jahr 2017 optionspflichtig.

Was muss man tun?

Mit dem 18. Lebensjahr werden die Optionskinder von der zuständigen Behörde angeschrieben. Darin werden sie über die Optionspflicht informiert und aufgefordert, ein Beratungsgespräch zu suchen. Wollen die Optionskinder den deutschen Pass behalten, müssen sie dies bis zum vollendeten 23. Lebensjahr erklären. Zudem müssen sie die andere Staatsangehörigkeit ablegen. Das geht bei der Botschaft oder dem Konsulat des jeweiligen Landes. Gegenüber den deutschen Behörden müssen sie nun – ebenfalls bis zum 23. Lebensjahr – nachweisen, dass sie die Staatsangehörigkeit der Eltern abgelegt haben.

MACH MIT

Respekt-Schilder gesucht

Unabhängig von der Staatsangehörigkeit: Respekt hat jeder verdient. Daher ist die IG Metall Partner der Initiative »Respekt – Kein Platz für Rassismus«. Wo auch immer das Schild hängt, hier bekennt man sich zur Toleranz. Mehr dazu: → www.igmetall.de/respekt

Sei kreativ: Schick uns ein Foto von Dir mit einem selbstgemachten **Schild in Deiner Sprache!** Daraus soll eine bunte Respekt-Wand entstehen, die in der Juli-Ausgabe der metallzeitung zu sehen sein wird. Zu gewinnen gibt es zehn Respekt-Fußbälle. Sende Dein Digital-Foto bis zum 30. Juni an: respekt@igmetall.de



Wie kann man die elterliche Staatsangehörigkeit behalten?

Wenn Betroffene die Staatsangehörigkeit der Eltern beibehalten wollen, können sie das gegenüber der Behörde erklären. Sie verlieren dann die deutsche Staatsangehörigkeit. Wer auf die Aufforderung sich zu erklären nicht reagiert, verliert mit dem 23. Lebensjahr ebenfalls den deutschen Pass. Achtung: Nichtstun führt also zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit! Optionskinder müssen dann bei der Ausländerbehörde einen Aufenthaltstitel beantragen und bekommen eine sogenannte Niederlassungserlaubnis erteilt.

Wer bekommt die doppelte Staatsangehörigkeit?

Grundsätzlich will das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht Mehrstaatigkeit vermeiden. Optionskinder können jedoch eine Beibehaltungsgenehmigung beantragen, wenn sie neben der deutschen die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen. Das geht zum Beispiel, wenn es nicht möglich ist, die ausländische Staatsangehörigkeit abzulegen. Die Beibehaltungsgenehmigung muss bis zum 21. Lebensjahr beantragt sein.

Und bei EU-Bürgern? Geht da die doppelte Staatsangehörigkeit?

Auch Kinder von EU-Bürgern müssen erklären, ob sie Deutsche bleiben wollen. Sie können sich jedoch auch für eine doppelte Staatsbürgerschaft entscheiden. Dazu müssen sie allerdings ebenfalls bis zum 21. Lebensjahr eine Beibehaltungsgenehmigung beantragen.

In vielen Ländern ist die Mehrstaatigkeit übrigens eine Selbstverständlichkeit. Die IG Metall kritisiert den Optionszwang auch deswegen, weil er die Zugehörigkeit der Optionskinder zu unserer Gesellschaft in Frage stellt und die Menschen zu einer schweren und unnötigen Entscheidung zwingt. ■

Volker.Dank@igmetall.de

Hier mehr Informationen und Hilfe:

▶ www.interkultureller-rat.de

▶ www.bmi.bund.de

IN KÜRZE

Wisch-Wasch

Wie verschwinden Blütenstaub, Harz und Insektenreste von der Autoscheibe, ohne dass Schlieren entstehen? Das hat sich der gewerkschaftsnahe Autoclub ACE gefragt und mit der Gesellschaft für Technische Überwachung (GTÜ) Sommer-Scheibenreiniger getestet. Einige stachen mehr durch starken Geruch als durch starke Reinigungswirkung hervor. Testieger waren Xtreme NanoPro von Sonax (Platz 1), das Reinigungskonzentrat von Dr. Wack und »Klare Sicht Sommer« von Aral. Wer mehr dazu wissen will, findet einiges unter:

▶ www.ace-online.de



Foto: babimu/fotolia.com

Immer mehr Geld verschwindet im Tank, besonders vor den Ferien.

Reise-Preise

Vor jedem Ferienbeginn stehen die Mineralölkonzerne unter Verdacht, die Benzinpreise anzuhoben, um bei der einsetzenen Reisewelle ordentlich abzusahnen. Der Autoclub ACE hat errechnet, dass Super vor Ostern immer im Schnitt um drei Cent teurer wird. Wenn nur jeder zweite Autofahrer dann einmal tankt, spült das den Ölmultis auf einen Schlag zusätzlich rund 35 Millionen Euro in die Kassen. Da nur wenige Konzerne den Markt beherrschen, können sie die Preise diktieren. Vor einem Jahr hat Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ein »Entflechtungsgesetz« angekündigt. Geworden ist daraus nichts.



Foto: LOOKfoto/Photolibrary

Schulabgänger auf Ausbildungssuche: Zur Not über Umwege in den Wunschberuf.

So kommst Du zur Ausbildung

AUSBILDUNG Schon Juni und immer noch keinen Ausbildungsplatz? Nicht aufgeben: weitersuchen, für ein Praktikum, eine berufsvorbereitende Maßnahme bewerben, weiter zur Schule oder jobben. Denn nichts tun sieht ganz schlecht aus.

Du bist Schulabgänger und hast trotz zig Bewerbungen noch keinen Ausbildungsplatz gefunden? Jetzt nur nicht hängen lassen: Es gibt noch Chancen.

Zunächst gib die Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz nicht auf. Zwar gibt es in diesem Jahr mehr Bewerber, weil der Wehrdienst abgeschafft und vielerorts das Gymnasium auf zwölf Schuljahre verkürzt wurde – aber auch mehr Ausbildungsplätze als in den Vorjahren. Vor allem im Handwerk gibt es noch offene Stellen. Hast Du Dich richtig beworben? Die Berufsberatung bei der Arbeitsagentur kann die weiterhelfen. Übrigens gibt es auch eine

Reihe außerbetrieblicher Berufsausbildungen – das ist die Notlösung.

Über Umwege zum Ziel. Auch wenn es nichts mit der Ausbildung wird, kann Dir die Arbeitsagentur helfen. Neben dem klassischen Praktikum gibt es dort spezielle Maßnahmen zum Berufseinstieg.

Über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) können Jugendliche schon mal für etwa zehn Monate in einen Betrieb gehen, mit zwei Tagen Berufsschule in der Woche, fast wie in einer richtigen Ausbildung. Die Einstiegsqualifizierung (EQ) hingegen ist ein bis zu einjähriges betriebliches Praktikum, das gezielt in eine re-

guläre Ausbildung überführen soll. Bei beiden Maßnahmen gibt es auch etwas Geld für Dich. Noch eine gute Nachricht: Du solltest Dich zwar ranhalten, aber bis August sind die Chancen gut, da reinzukommen. Oft übernehmen Betriebe dann auch Jugendliche mit schlechteren Schulnoten in eine Ausbildung, wenn sie motiviert und zuverlässig sind.

Noch mal zur Schule. Eine weitere Möglichkeit ist, dass Du noch mal zur Schule gehst und den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife (den Realschulabschluss) oder gar das Abitur nachholst. Neben den normalen Schulen gibt es

dazu viele weitere Möglichkeiten, etwa an berufsbildenden Schulen. Offiziell ist die Anmeldefrist dort zwar meist schon seit Ende April vorbei – doch oft sind noch Plätze frei. Nachfragen lohnt sich. Sprich unbedingt schnell mit Deiner aktuellen Schule. In vielen Fällen müssen die Dich anmelden.

Jobben. Wenn gar nichts geht, sollte man jobben. Nicht nur wegen des Geldes: Alles ist besser als die nächsten Monate nichts zu tun. Denn das macht sich ganz schlecht im Lebenslauf, ein dicker Minuspunkt, wenn Du Dich nächstes Jahr wieder bewirbst. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

+ TIPP

Wege zur Ausbildung

Es ist nie zu spät: Auch Du kannst Deine Ausbildung machen – über verschiedene Wege und Umwege.

■ Ausbildung im Betrieb

Weißt Du überhaupt schon, was zu Dir passt? Geh zur Berufsberatung bei der Arbeitsagentur. Bewirb Dich direkt bei Betrieben. Auch Deine IG Metall vor Ort hat Tipps und Kontakte.

■ Außerbetriebliche Ausbildung

Die Arbeitsagentur hat Angebote für Dich.

■ Brücken in die Ausbildung

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) und Einstiegsqualifizierungen bei der Arbeitsagentur oder bei Deiner IG Metall vor Ort.

■ Noch mal zur Schule

Hauptschulabschluss, Mittlere Reife oder Abitur? Frag Deine Schule.

Hier gibt es einen Überblick über mögliche Wege, auch in Deiner Region:

🔗 www.planet-beruf.de

Outfit muss zum Job passen

TIPPS FÜR BEWERBER

Beim Vorstellungsgespräch wollen Bewerber mit angemessener Kleidung punkten. Das Styling sollte zwar der Position entsprechen – verkleiden muss man sich dabei aber nicht.



Fotos: Fancy, Glowimages RM, Imagebroker RF, Imageooc/allerPhotolibrary

Was ist angemessen? Die roten Stöckelschuhe sind es sicher nicht. Das Erscheinungsbild spielt beim Bewerbungsgespräch eine wichtige Rolle.

Folgt nach einer Bewerbung die Einladung zum Vorstellungsgespräch, hat man die erste Hürde hinter sich gebracht. Doch was sollen Bewerber anziehen, um beim Gegenüber zu punkten?

Als Faustregel gilt: Die Kleidung muss sauber und gepflegt sein, man sollte sich darin wohlfühlen und sich nicht verkleidet vorkommen. Ein Retro-Trainingsanzug und Turnschuhe sind zwar

bequem, aber unangebracht. Gut ist, wenn die Kleidung nicht zu stark von dem abweicht, was man später während der Arbeit trägt. Die Ausnahme natürlich: spezielle Schutz- oder Arbeitskleidung.

Für Männer gilt: Je höher die Position, desto seriöser und repräsentativer die Kleiderwahl. Anzüge eher in klassischen Farben wie schwarz, dunkelblau, grau oder

braun wählen. Dazu passt ein weißes oder hellblaues Hemd und eine dezente Krawatte. Unterhemd nicht vergessen. Auch die Kombination aus Jeans, Poloshirt und einem Sakko ist möglich. Zu beiden Varianten passen Schuhe in Lederoptik. Um dem künftigen Chef den Blick auf ein behaartes Bein zu ersparen, trägt man besser Kniestrümpfe, keinsfalls aber bunte Socken mit Comicdruck.

Für Frauen gilt: Kostüm oder Hosenanzug passen immer. Alternativ ist ein Kleid mit passender Jacke möglich. Je nach Position lässt sich auch eine hochwertige Jeans mit dezent farbiger Bluse und Blazer kombinieren. Hüftjeans, Minirock oder transparente Blusen und nackte Beine sind tabu. Gleiches gilt für hochhackige Schuhe. Absätze sollten maximal fünf Zentimeter hoch sein.

Tattoos, Piercings oder auffälligen Schmuck können Bewerber in ihrer Freizeit zur Schau tragen. Zentimeterdickes Make-up, zu viel Parfüm oder After-Shave schadet mehr, als es nutzt. Hier heißt es: Weniger ist mehr. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

IN KÜRZE

Neue Zeichner-Berufe

Ab August gibt es anstelle des Technischen Zeichners zwei neue Berufe im Metallbereich: den Technischen Produktdesigner und den Technischen Systemplaner. Während der Produktdesigner eher auf Entwurf und Konzeption zugeschnitten ist, konzentriert sich der Systemplaner auf die Anwendung und Zusammenstellung von fertigen Komponenten, beispielsweise in der Gebäudetechnik.



Foto: panthermedia.net

Wo ist die richtige Ausbildung? Die Qual der Wahl aus 350 Berufen

Orientierung zur Jobwahl

Welche Ausbildung soll es werden? Auf der Plattform »azubot.de« könnt Ihr Euch alle Ausbildungsberufe von A bis Z anschauen. In kurzen Filmen erklären Azubis ihre Ausbildung. Daneben gibt es auch Ausbildungsplatz- und Praktikumsangebote.

► www.azubot.de

Fit in Mathe

Formeln, Dreisatz, Winkel-funktionen: Wem in der Berufsschule oder im Betrieb mathematische Grundkenntnisse fehlen, der kann sich mit dem neuen Buch »Mit Mathematik in den Beruf« selbst helfen. Die Autoren sind erfahrene Lehrer in der Erwachsenenbildung, sie benutzen in dem Buch eine leicht verständliche Sprache. Das Buch kostet 16,80 Euro die ISBN: 978-3-86522-644-0.

An der Uni studieren ohne Abitur

Wer studieren will, braucht heute kein Abitur mehr. In immer mehr Bundesländern steht beruflich Qualifizierten mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung (je nach Land ab drei Jahren) ein Studium in ihrem Fachgebiet offen. Etwa Elektrotechnik für gelernte Elektroniker. Meister können sogar ohne fach-

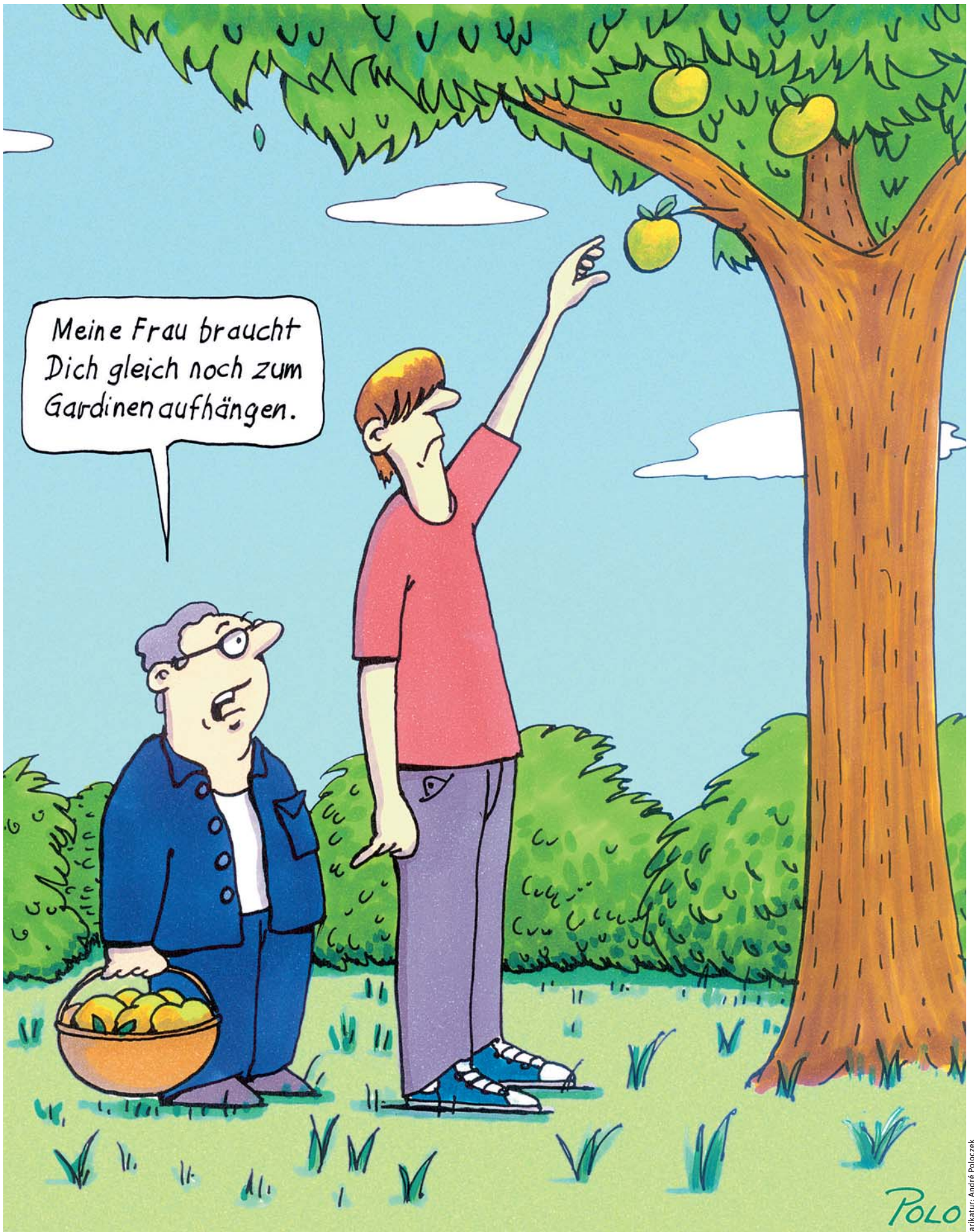
liche Einschränkung studieren, also auch Fächer wie Geschichte, Politik oder Physik.

Hürden abschaffen. Die Bundesländer setzen damit einem Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2009 um. Das Ziel: Die Hürden zwischen Beruf und Studium sollen abgeschafft wer-

den und mehr beruflich Qualifizierte studieren können. Die IG Metall fordert dies schon lange und will noch weitere Zugangs-erleichterungen. ■

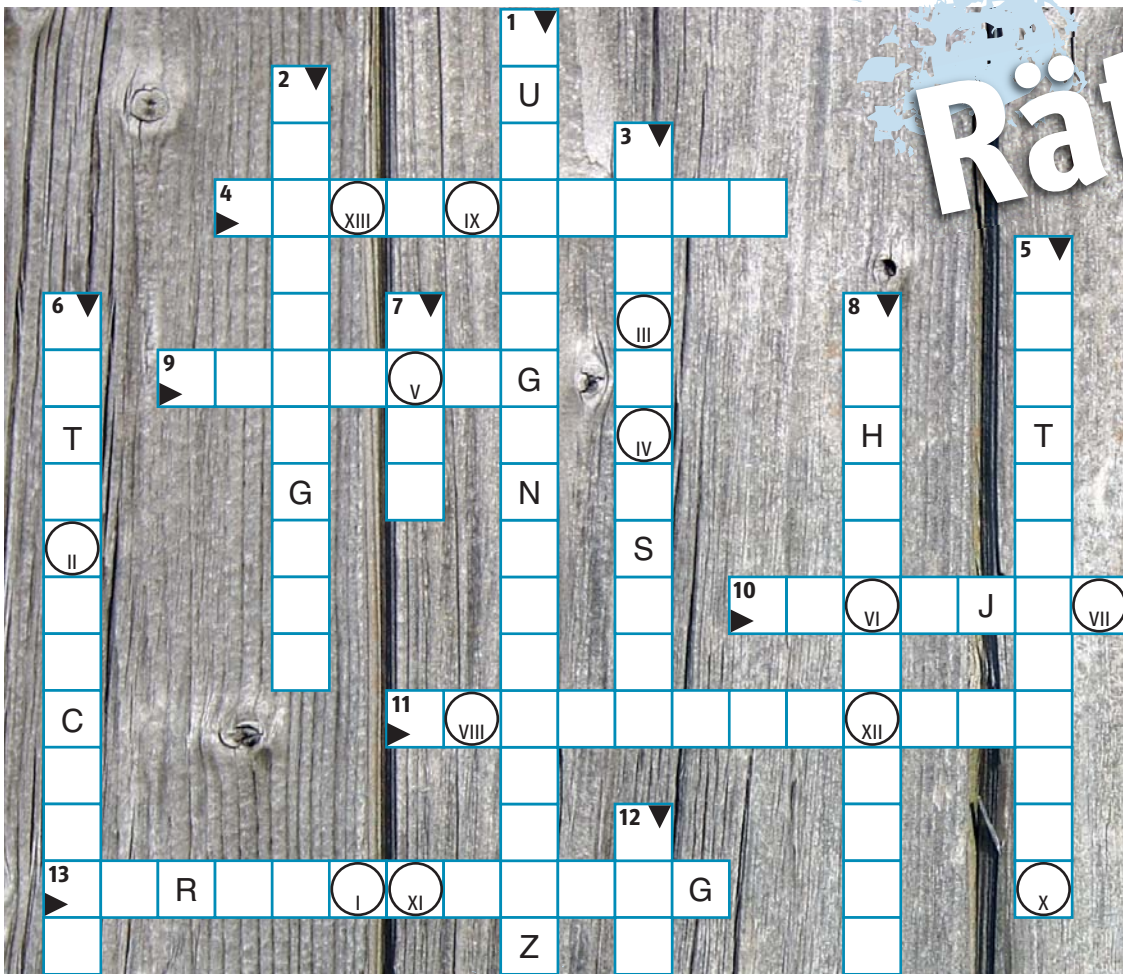
Alle Regelungen der Bundesländer, Adressen von Beratungsstellen und Stipendien-Tipps:

► www.uni-ohne-abi.de



ERST JETZT BEGRIFF JAN, WAS SEIN CHEF GEMEINT HATTE MIT: „ALS AZUBI DER FEINMECHANIK KANN MAN GAR NICHT GROß GENUG SEIN!“

Rätsel



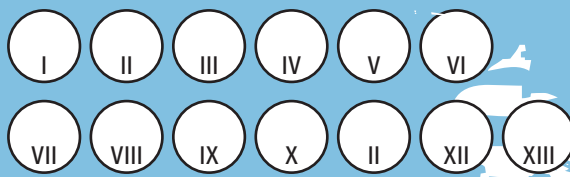
Senkrecht

1. Gesetzliche Barriere gegen grundlose Entlassung
2. Zusätzlicher Tariflohn, den der Chef im Mai oder Juni auszahlt
3. Vertritt die Interessen der Beschäftigten im Betrieb
5. Stromerzeugung aus Sonnenlicht (Fachbegriff)
6. Stellt Frauen acht Wochen nach der Geburt des Kindes von der Arbeit gesetzlich frei
7. Kindertagesstätte (Abk.)
8. Dieses Gas verstärkt den Treibhauseffekt
12. Höchste Instanz in der Arbeitsgerichtsbarkeit mit Sitz in Erfurt (Abk.)

Waagrecht

4. Leistung für berufstätige Mutter und Väter, die nach der Geburt ihres Kindes maximal 14 Monate zu Hause bleiben
9. Schikane am Arbeitsplatz
10. Geringfügige Beschäftigung
11. Arbeit ab 22 Uhr (umgangssprachlich)
13. Abschließen können ihn eine Gewerkschaft und ihre Mitglieder mit einem Arbeitgeber oder einem Arbeitgeberverband

LÖSUNGSWORT



Bitte das Lösungswort bis zum **24. Juni** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Die Preise im Juni



1. Eine Anstoßkappe »Profi Base Cap 1« von Schubert



2. Ein Kinderbuch »Was ist eigentlich Rassismus?«



3. Englisch lernen mit Shaun dem Schaf